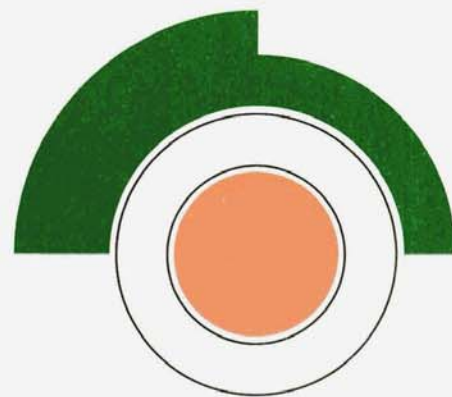


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 14



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 27. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 10. 9. 1996

## WORT UND WIDERWORT

### Welche Ziele soll Schwangerschaftskonfliktberatung verfolgen?

*Der Schutz des werdenden Lebens könne nicht gegen, sondern nur mit der Frau wirksam geschehen. Letztlich stehe sie in dem Konflikt, das werdende Leben auszutragen oder einen Abbruch vornehmen zu lassen, alleine da. In diesem Konflikt könne man raten und helfen. Die Entscheidung aber treffe die Frau, und zwar sie alleine. Anders als in Bayern werde in NRW das geltende Recht beachtet. Das bedeute, daß das vorhandene gute Beratungsnetz auch in ländlichen Regionen weiter ausgebaut werde. Das erklärt die SPD-Abgeordnete **Brigitte Speth**. Die CDU-Abgeordnete **Regina van Dinther** betont, im Vordergrund der Beratung müsse die Hilfe für die Frau stehen. Der Schwangeren müsse das Wissen über alle zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen vermittelt werden. Nur mit der Mutter könne das ungeborene Kind geschützt werden. Die Beratung solle außerdem Schutz für die Fälle bieten, in denen die betroffene Frau dem Druck ihres Umfeldes ausgesetzt sei. Die GRÜNE-Abgeordnete **Marianne Hürten** bekräftigt, Schwangerschaftskonfliktberatung müsse für alle Frauen und auch Männer umfassende Informationen u.a. über Sexualaufklärung, Verhütung, Familienplanung, soziale und wirtschaftliche Hilfen für Schwangere, Kinder und Familien, aber auch über einen möglichen Schwangerschaftsabbruch selbst gewährleisten. Dabei müsse die Beratung ergebnisoffen erfolgen und die Entscheidung der Betroffenen akzeptieren.*

(Seite 2)

### Bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland Züige und stufenweise Rückkehr

*Bei der Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge aus NRW nach Bosnien-Herzegowina wird das Land auch Abschiebungen vornehmen, wenn sich die Rückkehrquote der Freiwilligen nicht deutlich erhöhe. Derzeit liege sie bei etwa 250 Menschen pro Monat. Dies teilte Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) im Landtag bei der Debatte über einen CDU-Antrag (Drs. 12/793) mit.*

für die schleswig-holsteinische Lösung aus, die vor dem 1. April 1997 keine Rückführung bosnischer Kriegsflüchtlinge vorsehe. Wer den Startschuß am 1. Oktober dieses Jahres geben wolle, der mache sich an der Verschärfung der Lage in Bosnien-Herzegowina mitschuldig.

Das Land NRW habe inzwischen ein Instrumentarium entwickelt, mit dem die freiwillige Rückkehr erleichtert wird, es gebe auch finanzielle Hilfen. Die Menschen würden für den Wiederaufbau in ihrer Heimat gebraucht. Aber es dürfe nicht mit dem Rasenmäher über sie hinweggegangen werden; die Gründe, die von einer frühzeitigen Rückkehr abhielten, seien differenziert zu betrachten, erklärte Edgar Moron (SPD).

Für die CDU regte Heinrich Meyers die Gründung regionaler Koordinierungs- und Beratungsbüros an, um solide Auskünfte über Rückkehrmöglichkeiten zu erteilen. Die Rückführung solle in Stufen, zeitlich gestreckt, aber zügig erfolgen, da eine Rückkehr nach mehreren Jahren inhuman sein könne.

Für die GRÜNEN sprach sich Jamal Karsli

Warum ist es am Rhein so schön?

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)



## Die Woche im Landtag

### Arbeitsplätze

Ein Schwerpunkt werde bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen liegen, unterstrich Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) bei der Einbringung des Haushalts 97. (Seite 3)

### Zwischenlager

Unterstützung hat der Landtag der Stadt Ahaus beim Widerstand gegen die Einlagerung von Kalkar-Brennelementen in das dortige Zwischenlager signalisiert. (Seite 5)

### Offene Tür

Mehr als 35 000 Bürgerinnen und Bürger besuchten an den Tagen der offenen Tür den Landtag und genossen ein buntes Programm. (Seite 8)

### Renaissance

Eine Ausstellung des Museums Brake im Landtag verdeutlicht, daß die Renaissance die deutsche Kultur wesentlich beeinflusst hat. (Seite 11)

### Schürmannbau

Ob sie nun in den Bonner Schürmannbau einzieht oder nicht, die Deutsche Welle bleibt in jedem Fall in Nordrhein-Westfalen. (Seite 13)

### Radtour

Erkelenz, Wildenrath, Selfkant waren die Stationen einer Radtour des Verkehrsausschusses, bei der es nicht nur um Radfahren ging. (Seite 15)



## WORT UND WIDERWORT

# Frauen sollen bei Beratung Ängste ansprechen können

Von  
Brigitte Speth

Die Beratung im Schwangerschaftskonflikt ist seit 1995 im Schwangeren- und Familienhilfegesetz geregelt. Diesem Gesetz ging seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1993 eine lange, kontroverse Debatte voraus. Und die neuerliche Debatte um die bayerische Regelung der Beratung macht deutlich, daß es im Kern um den § 218, d. h. um den Abbruch selbst geht. Einige haben offensichtlich immer noch nicht verstanden, daß Beratung und Hilfe im Schwangerschaftskonflikt für die Frau und für das werdende Leben besser sind als Zwang und Strafe.

Der Schutz des werdenden Lebens kann nicht gegen, sondern nur mit der Frau wirksam geschehen. Letztlich steht sie in dem Konflikt, das werdende Leben auszutragen oder einen Abbruch vornehmen zu lassen, alleine da. In diesem Konflikt kann man raten und helfen. Die Entscheidung aber trifft die Frau, und zwar sie alleine.

Generell macht jede Beratung, besonders die Beratung im Schwangerschaftskonflikt, nur dann einen Sinn, wenn sie freiwillig und

Von  
Regina van Dinther

Die Schwangerschaftskonfliktberatung soll ein Angebot an die Schwangere darstellen, im offenen, vertraulichen Gespräch ohne Rechtfertigungsdruck ihre Fragen, Ängste und Probleme ansprechen zu können sowie die „erste Schrecksekunde“ nach Feststellen einer ungewollten Schwangerschaft gemeinsam aufzuarbeiten. Nur dann haben die Beraterinnen die Möglichkeit, eine im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft bestehende Notlage oder innere Konfliktsituation zu bewältigen und mit der Frau mögliche Lebensperspektiven für ein Leben mit dem Kind zu entwickeln. Im Vordergrund der Beratung muß die Hilfe für die Frau stehen. Der Schwangeren muß das Wissen über alle zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen vermittelt werden. Nur mit der Mutter kann das ungeborene Kind geschützt werden.

Von  
Marianne Hürten

Schwangerschaftskonfliktberatung muß für alle Frauen und auch Männer umfassende Informationen u. a. über Sexualaufklärung, Verhütung, Familienplanung, soziale und wirtschaftliche Hilfen für Schwangere, Kinder und Familien, aber auch über einen möglichen Schwangerschaftsabbruch selbst gewährleisten. Die Beratungsstellen müssen die Ratsuchenden bei ihrer Entscheidungsfindung, aber auch bei der Geltendmachung von Ansprüchen unterstützen. Der Rechtsanspruch auf Beratung und Information gemäß dem Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz ist nicht nur inhaltlich umfassend, er gilt auch für alle Altersgruppen und ist keinesfalls auf die Konfliktsituation ungewollter Schwangerschaften begrenzt. Dabei muß die Beratung ergebnisoffen erfolgen und die Entscheidung der Betroffenen akzeptieren.

Aus diesem umfassenden Anspruch auf Beratung ergibt sich auch die gesetzliche Verpflichtung für die Länder, ein ausreichendes, wohnortnahes Beratungsangebot unterschiedlicher weltanschaulicher Ausrichtung sicherzustellen. Hier bleibt in NRW noch viel zu tun! Fast 60 Pro-

### SPD: Konfliktberatung darf nicht Bevormundung sein

ergebnisoffen geschieht. Und so ist die Beratungspflicht, die das Gesetz vorsieht, konträrproduktiv. Die Pflicht zur Beratung drückt aus, daß der Gesetzgeber den Frauen nicht zutraut, eine verantwortliche Entscheidung zu treffen.

Das bedeutet nicht, daß Beratungsstellen nicht notwendig seien. Selbstverständlich muß es sie geben. Es ist gut, von Fachfrauen Rat und Hilfe zu bekommen, wenn dies gewollt ist.

Anders als in Bayern wird in Nordrhein-Westfalen das geltende Recht beachtet. Das bedeutet, daß das vorhandene gute Beratungsnetz weiter ausgebaut werden wird, um überall, insbesondere auch in ländlichen Regionen, ein plurales Angebot an Beratungsstellen zu gewährleisten. Es bleibt der Frau überlassen, ob sie eine AWO-, profa- oder eine kirchliche Beratungsstelle aufsucht.

Der Beratungsauftrag geht weit über die eigentliche Konfliktberatung hinaus. Es geht um Beratung in Arbeitsmarkt- und Wohnungsfragen, um allgemeine soziale Beratung sowie in Fragen der Gesundheit bis hin zur Rechtsberatung. Nicht jede Frau braucht eine so umfangreiche Beratung. Aber in vielen Fällen sind Hilfen über die Beratung im Konfliktfall hinaus notwendig. Mit einer so umfassenden Beratung ist die einzelne Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle überfordert. Deshalb ist es konzeptionell notwendig, die vorhandenen Beratungsangebote miteinander zu verzahnen und über örtliche Kooperationen sicherzustellen, damit die ratsuchenden Frauen schnell, qualifiziert und unbürokratisch die Hilfen bekommen, die sie in ihrer Notlage brauchen.

### CDU: Beratung soll auch bei Wohnungssuche helfen

Die Beratung muß der Schwangeren auch bei der Geltendmachung von Ansprüchen, bei der Wohnungssuche sowie bei der Suche nach einer Betreuungsmöglichkeit für das Kind — z. B. Tagespflegestelle — helfen und sie ggf. bei der Fortsetzung ihrer Ausbildung bzw. Berufstätigkeit unterstützen.

Die Pluralität des Angebots an Beratungsstellen stellt sicher, daß die Frau eine Beratungsstelle ihres Vertrauens aufsuchen kann.

Die Beratung soll außerdem Schutz und Hilfe für die betroffene Frau in den Fällen bieten, in denen sie dem Druck ihres Umfeldes ausgesetzt ist.

### GRÜNE: Finanzierung armer Träger sicherstellen

zent der Beratungsstellen sind in konfessioneller, überwiegend in katholischer Hand. In zwölf Kreisen und zwei Städten in NRW gibt es ausschließlich konfessionelle Beratungsstellen. Schon wegen der Forderung, ein wohnortnahes, plurales Angebot an Beratung sicherzustellen, ist dieser Zustand nicht akzeptabel. Die Erfahrung der Vergangenheit hat gezeigt, daß die Beratungsstellen von Pro Familia und AWO bei den Ratsuchenden deutlich beliebter sind.

Die den Beratungsanspruch einengenden bischöflichen Richtlinien belegen darüber hinaus für die katholischen Beratungsstellen, daß sie kein gleichwertiges umfassendes Beratungsangebot bieten. Diese Richtlinien sagen überdeutlich, daß die katholische Kirche nicht bereit ist, die ratsuchenden Frauen und ihre Entscheidung so zu akzeptieren, wie sie sind. Wenn die Schwangere Zeitdruck angibt, werten die Bischöfe das als Vorwand der Frau und nehmen es zum Anlaß, die Beratung abzulehnen. Wenn die Schwangere die Gründe für ihren Wunsch nach einem Schwangerschaftsabbruch nicht mitteilen will und keine Gesprächsbereitschaft zeigt, bekommt sie keine Bescheinigung. Informationen über Adressen und Finanzierung eines Schwangerschaftsabbruches gibt es gar nicht, über Informationen zur Verhütung wird überhaupt nichts gesagt.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind diese Richtlinien ein weiterer Beleg für die dringende Notwendigkeit, den Frauen (und Männern) in allen Regionen NRW ein Beratungsangebot in freier Trägerschaft von AWO, DPWW oder Pro Familia zu bieten und die Finanzierung dieser Beratungsstellen armer Träger sicherzustellen. Hier liegen die Prioritäten für unser Handeln!

## Haushalt 97 eingebracht

# Schwerpunkt auf Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen

Diese Landesregierung fühle sich besonders der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen verpflichtet. Hier werde 1997 wieder ein Schwerpunkt des Landeshaushalts sein. Zusammen mit den Beiträgen der Europäischen Union stünden 1997 rund 800 Millionen Mark zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereit. Gut zwei Drittel davon finanziere das Land. Allein zur Verbesserung der Ausbildungschancen würden im kommenden Jahr rund 90 Millionen Mark und knapp 120 Millionen Mark zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit eingesetzt. Gleichzeitig stiegen die Mittel für Wirtschaftsförderung leicht. Auch hier gehe es darum, bestehende Arbeitsplätze zu stabilisieren und beim Schaffen von neuen Arbeitsplätzen zu helfen. Insgesamt seien hierfür im Haushalt 1997, wiederum einschließlich der EU-Hilfen, Fördermittel von rund 1,3 Milliarden Mark vorgesehen. Das teilte Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) bei der Einbringung des Haushaltsgesetzes 1997 mit. Nach seinen Worten umfaßt das Programm zugunsten von Regionen mit stark rückläufiger industrieller Entwicklung dabei rund 390 Millionen Mark. Die Gesamtausgaben des Haushalts liegen im kommenden Jahr bei knapp 90 Milliarden Mark. Das sind 2,1 Milliarden Mark mehr als im laufenden Jahr.

**Finanzminister Heinz Schluëßer** (SPD) erklärte, die Steuerschätzung vom Mai 1996 lasse für das nächste Jahr 2,3 Milliarden Mark weniger an Einnahmen erwarten, als trotz vorsichtiger Schätzung eingeplant gewesen seien. Gleichzeitig stiegen die Zahlungsverpflichtungen im Länderfinanzausgleich gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung um 1,5 Milliarden Mark — ein Tribut, den Nordrhein-Westfalen als finanzstarkes Land im föderalen Interesse zahlen müsse. Denn trotz eigener Steuereinbußen „hat sich unsere Finanzkraft im Verhältnis zu den anderen Ländern weiter verbessert“, betonte der Minister.

Gegenüber 1996 kämen dazu rund 600 Millionen Mark an zusätzlichen, gesetzlich oder vertraglich zwingend zu erfüllenden Mehrausgaben, die im Haushalt 1997 aufzufangen seien. Dabei gehe es um Leistungen aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz mit einem Mehr von 250 Millionen Mark, mehr beim Wohngeld in Höhe von 170 Millionen Mark und weitere 200 Millionen Mark Anpassungshilfen bei der Kohle. Schluëßer bilanzierte die Bruttoverschlechterung der Haushaltssituation auf 4,4 Milliarden Mark. Von dem Steuerweniger und dem Mehr im Länderfinanzausgleich entfielen 1,1 Milliarden Mark auf die Gemeinden, 3,3 Milliarden Mark verblieben gegenüber der bisherigen Finanzplanung beim Land.

Der Minister erläuterte, volles Durchschlagen der Haushaltsverschlechterung auf die Nettokreditaufnahme oder volles Einsparen auf der Ausgabeenseite, diese Rezepte von antizyklischer und prozyklischer Finanzpo-

litik hätten sich in der Vergangenheit als untauglich erwiesen. „Das sind Antworten von gestern.“ Die Antwort von heute könne nur lauten: ein vernünftiger Mix aus beidem. „Wir haben uns für diese solide Mittellinie entschieden.“

Schluëßer fuhr fort, alle hier im Parlament vertretenen Parteien drängten den Finanzminister zu einer Steigerung der Schlüsselzuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz. Das reduziere die Zweckzuweisungen und damit die investiven Ausgaben des Landes. 1997 würden rund 600 Millionen Mark umgeschichtet, und um genau diese 600 Millionen Mark gingen die Investitionsausgaben zurück. Dazu komme: 1997 flössen knapp 600 Millionen Mark Investitionszuweisungen vom Bund und von der EU. Zusammen hätten danach die Investitions-

Länderfinanzausgleichszahlungen belasteten auch die Kommunen. Gegenüber 1996 gehe der im Steuerverbund verfügbare Betrag um knapp 600 Millionen Mark zurück. Das Land stehe trotz dieser Restriktionen zu seiner Zusage, die Schlüsselzuweisungen wie die Landesausgaben zu steigern. So würden diese für die Gemeinden besonders wichtigen Zuweisungen 1997 um insgesamt 215 Millionen Mark auf rund 11 Milliarden Mark zunehmen. Das seien 2 Prozent mehr als 1996.

Zum Vollzug des Haushalts 1996 merkte der Minister an, es könne keine Entwarnung geben. Die nach der Steuerschätzung bekannten Risiken verdichteten sich. „Aus meiner Sicht kann die Ende Mai verhängte Haushaltssperre nicht aufgehoben werden“, dämpfte Schluëßer die Hoffnungen. Was



Schaffung von Arbeitsplätzen vorrangig: Finanzminister Schluëßer (SPD)

Foto: Schälte

ausgaben um 1,2 Milliarden Mark gegenüber 1996 zurückgehen müssen. 600 Millionen Mark seien es. Das belege den unterschiedlichen Willen der Landesregierung, die Investitionen bei allen Sparwängen möglichst hochzuhalten. Zu den Eckpunkten des Haushalts erklärte der Finanzminister, die für 1997 vorgesehene Ausgabensteigerung von 3 Prozent werde abgesenkt auf 2,4 Prozent.

Im einzelnen teilte der Minister mit, 1997 würden wieder rund 27 000 bezahlbare Wohnkosten für Familien und Alleinstehende mit geringem Einkommen gefördert. 2,9 Milliarden Mark an Bewilligungsvolumen stünden hierfür bereit. Dazu kämen Mittel für Modernisierungs- und Einsparungsmaßnahmen von 343 Millionen Mark. Bei der Kindergartenförderung summierten sich im nächsten Jahr die Investitions- und Betriebskosten auf über 1800 Millionen Mark. NRW gebe für Kindergärten annähernd genauso viel aus wie alle anderen Flächenländer zusammen. Für jedes Kind in NRW bringe das Land rund 2800 Mark auf. Schluëßer nannte den Haushaltsentwurf der Landesregierung ausgewogen und ein Optimum angesichts der finanzpolitischen Zwänge.

Zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 erklärte er, Steuerausfälle und steigende

Sorgen bereite, seien die Steuern und der Länderfinanzausgleich. Er wies erneut auf ein Risiko hin: steigende Ausgaben im Länderfinanzausgleich. Schon 1995 habe NRW mit rund 3,4 Milliarden Mark den weitaus höchsten Anteil im Länderfinanzausgleich aufzubringen gehabt. Dazu die fast 2,2 Milliarden Mark nordrhein-westfälischer Beitrag zum Fonds „Deutsche Einheit“, das mache eine Gesamtbelastung von 5,6 Milliarden Mark für das Jahr 1995. Damit sei auch für ein finanzstarkes Land wie NRW die Grenze des Tragbaren erreicht. In den fünf Jahren bis 2000 seien insgesamt 23 Milliarden Mark an neuen Schulden geplant, bei Ausgaben für den Fonds „Deutsche Einheit“ und den Länderfinanzausgleich von 25 Milliarden Mark. Bereits diese Status-quo-Prognose zeige deutlich, wie stark bestimmend die Deutsche Einheit auch mittelfristig für die Finanzen des Landes bleiben werde. Grundsätzlich führte der Minister aus, um Ziele zu erreichen, werde man noch stärker als bisher in den Aufgaben- und Ausgabenstand des Landes einschneiden müssen. „Das Messen der Bedeutung von Politikfeldern an der Höhe der jährlichen Zuwachsraten wird endgültig der Vergangenheit angehören“, betonte Schluëßer. Die Konsolidierung des Haushalts werde man aus eigener Kraft zu leisten haben. „Hilfestellungen er-

warten wir nicht.“ Von den 10 Milliarden Mark an gesamten Investitionsausgaben im Jahr 2000 würden dann 84 Prozent eigenfinanziert sein. Heute seien es 74 Prozent. „Damit stehen wir an der Spitze aller Länder.“ Zum Personalhaushalt und zur künftigen Beschäftigung von Lehrern meinte der Minister, hier habe man als erstes Land ein Konzept entwickelt. Die Einsicht, auf steigende Schülerzahlen nicht mehr ständig nur mit Neueinstellungen reagieren zu können, sei auch bei den Kritikern vorhanden. Jede zusätzliche Lehrerstelle belaste den Landeshaushalt – Leherdienstzeit und Pensionszeit zusammengerechnet – mit rund 3,6 Millionen Mark. Durch das neue Konzept würden rund 8 500 Lehrerstellen weniger nötig. Das erspare Personalausgaben von mehreren Milliarden Mark.

Für alle staatlichen Ebenen, besonders aber für die Länder gelte, die Personalkostenentwicklung drohe zum Sprengsatz in allen Haushalten zu werden. Man habe darauf sehr frühzeitig reagiert. 22 000 Stellen stünden zur Disposition. Der Minister sprach sich wegen der zunehmenden Alterslast ferner dafür aus, den schnell wachsenden Zugang bei den Pensionsempfängern zu begrenzen. „Es gilt, die Zahl der Frühpensionierungen deutlich einzuschränken“, betonte Schleißer.

Zum Jahressteuergesetz 1997 erklärte er, er sehe den Verhandlungen mit Gelassenheit entgegen. Im Mittelpunkt stehe die Abschaffung der Vermögenssteuer und die Neuregelung des Erbschaft- und Schenkungssteuerrechts. Beide Vorhaben berührten vitale Länderinteressen. Das Aufkommen dieser Steuern stehe ausschließlich den Ländern zu.

## Handlungsspielräume für Kommunen wahren

Zum Gemeindefinanzierungsgesetz erklärte Innenminister **Franz-Josef Kniola** (SPD),



Sorgen um die Gemeindefinanzen: Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD)

Foto: Schälte

die Landesregierung unternehme alles, um die kommunalen Handlungsspielräume zu wahren. Handlungsspielräume, so eng sie auch sein mögen, könnten aber nur ausgeführt werden, wenn die Kommunen ausreichend finanziell ausgestattet seien. 1995 habe die Deckungslücke in den Verwaltungshaushalten der nordrhein-westfälischen Kommunen 3,9 Milliarden Mark betragen. Dies sei der höchste bisher festgestellte Fehlbetrag. Der Verlauf des ersten Halbjahres 1996 lasse hoffen, daß die Talsohle erreicht sei. Die Ursachen für die schwierige kommunale Haushaltssituation seien bekannt: auf der Einnahmeseite der anhaltende Rückgang der kommunalen Steuereinnahmen und bei den Ausgaben der drastische Anstieg der sozialen Leistungen zu Lasten der kommunalen Kassen. Inzwischen müßten die NRW-Kommunen fast

jede dritte Mark ihrer Einnahmen im Verwaltungshaushalt für soziale Leistungen ausgeben. Die Arbeitslosigkeit sei als Ursache für diese Entwicklung ausschlaggebend. Hier könne und dürfe sich die Bundesregierung nicht länger verstecken. Auch bei der Beteiligung an den Kosten für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina könne sich die Bundesregierung nicht länger ihrer finanziellen Verantwortung entziehen.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen: Gefahren für die kommunalen Haushalte gingen auch von den Plänen des Bundes zur Gewerbesteuerreform aus. Sie segelten unter der Flagge „Unternehmenssteuerreform“. Schon dies müsse mit Blick auf die Gemeindefinanzen skeptisch stimmen. Die Abschaffung der Gewerbesteuer mit dem für die Gemeinden so wichtigen Hebesatzrecht hätte fatale Konsequenzen für die kommunale Finanzautonomie. Kniola sprach sich für eine Revitalisierung der Gewerbesteuer aus. Das Hebesatzrecht müsse gestärkt, nicht geschwächt werden. Die Bindung zwischen Kommune und örtlicher Wirtschaft müsse vertieft, nicht gelockert werden.

Zum GFG sagte der Innenminister, insgesamt stünde 1997 eine Verbundmasse von rund 13,685 Milliarden Mark zur Verfügung. Das seien rund 317 Millionen Mark weniger als 1996.

Tatsache aber sei, daß die Verbundsteuern 1997 um 720 Millionen Mark steigen sollten. Bei gleichbleibendem Verbundsatz von 23 Prozent wachse die unbereinigte Verbundmasse im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent. Diese Verbundmasse stehe aber den Kommunen 1997 nicht in voller Höhe zur Verfügung. Aus der Verbundmasse seien natürlich die Mittel an den Landeshaushalt zurückzuzahlen, um die der Steuerverbund 1996 aufgestockt worden sei. Ferner steige der kommunale Beitrag zu den einheitsbedingten Lasten auf 2,2 Milliarden Mark an, obwohl die Beteiligungsquote an den Landesleistungen auf 42 Prozent sinke.

Der Minister berichtete weiter, der Regierungsentwurf sehe eine lineare Steigerung der Schlüsselzuweisungen, also der Mittel, über die die Städte und Gemeinden frei verfügen könnten, um 2 Prozent vor. Das seien 215,4 Millionen Mark mehr als in diesem Jahr.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) hat am vergangenen Mittwoch die Ministerin für Schule und Weiterbildung, Gabriele Behler (SPD, M.) sowie den SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering (l.) als neue Abgeordnete des Landesparlaments verpflichtet. Frau Behler rückt von der Landesreserveliste der SPD für Jürgen Schaufuß nach, Franz Müntefering folgt Erich Heckelmann. Schaufuß und Heckelmann waren zu hauptamtlichen Bürgermeistern in Frechen bzw. in Grevenbroich gewählt worden.

Foto: Schälte

## „Aus dem Zwischenlager Ahaus darf kein Endlager werden“

### Widerstand gegen den Transport der Kalkar-Brennelemente ins Münsterland

*Weil das Maß voll sei und Nordrhein-Westfalen nicht den Atommüll aus der gesamten Bundesrepublik aufnehmen solle, dürfe aus dem Zwischenlager im münsterländischen Ahaus kein zweites Gorleben (und damit ein atomares Endlager) werden. Dies ist die Ansicht der grünen Fraktion, auf deren Antrag hin der Landtag in einer Aktuellen Stunde am 4. September diesen Fragenkomplex diskutierte. Während die SPD betonte, sie halte am schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie fest, erklärte die CDU die Debatte für scheinheilig: Wer die Kernenergie beerdigen wolle, der müsse auch für die Beerdigungskosten geradestehen.*

**Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE) erklärte, nachdem man in Ahaus, dem Ort des Zwischenlagers, nicht zuletzt wegen des Geldsegers über die Risiken der Atomenergie in der Vergangenheit großzügig hinweggesehen habe, erkenne man jetzt, daß es Grenzen gebe. Zum ersten Mal sei ein gemeinsamer Beschluß gegen Pläne erreicht worden, „waffenfähige Brennelemente, die für den Schnellen Brüter in Kalkar bestimmt waren und die noch in Hanau lagern, nach Ahaus zu bringen“. Das aber sei für die Bevölkerung in Ahaus unzumutbar. Darum wäre sie über einen Beschluß erfreut, in dem der Landtag im Konsens Bonn auffordere, von Plänen Abstand zu nehmen, die letztlich dafür sorgen, daß die Atomkraftwerke in Deutschland acht Jahre weiterbetrieben werden könnten. Die Düsseldorfer Regierungskoalition setze sich dafür ein, daß das Zwischenlager Ahaus ausschließlich für Abfälle aus NRW genutzt werde: „Nordrhein-Westfalen ist wirklich nicht der Hauptproduzent von Atommüll und kann folgerichtig auch nicht das Hauptabnehmerland von Atommüll sein.“ Der Müll solle solange in den entsprechenden Atomanlagen bleiben, bis es ein funktionierendes Endlager gebe, forderte Grüber.

**Helga Giesselmann** (SPD) meinte, es gebe keine rechtlichen Möglichkeiten, „das Zwischenlager Ahaus auf Einlagerung von Brennelementen aus Nordrhein-Westfalen zu beschränken“. Es sollte der Bundesregierung und der CDU im Lande zu denken geben, daß der Rat der Stadt Ahaus einmütig die Lagerung der plutoniumhaltigen Kalkar-Brennelemente abgelehnt habe. Sie erinnerte an den Beschluß des Landtags vom April dieses Jahres, wonach die fehlenden Endlagermöglichkeiten in Deutschland mahnten, keinen weiteren Atommüll zu produzieren und im Interesse des Landes zu verhindern, daß aus dem Zwischenlager Ahaus faktisch ein Endlager werde.

**Laurenz Meyer** (CDU) urteilte: „Wer wie die GRÜNEN und Teile der SPD Endlagerungsmöglichkeiten wie in Gorleben verhindert, der schafft doch erst die Länge der Zwischenlagerdauer, wie wir sie gemeinsam beklagen.“ Die Stadt Ahaus, für deren Übernahme an gesamtstaatlicher Verantwortung man dankbar sein müsse, habe ein Recht auf besonders korrekte Behandlung im weiteren Verfahren. Die CDU wolle die bisherige Konzeption für Ahaus beibehalten. Sie sei weiter

nach wie vor der Überzeugung, daß die bestehenden Kernkraftwerke sowohl aus ökologischen wie auch ökonomischen Gründen unverzichtbar seien. Rot-Grün in Hessen habe Hanau abgewürgt, jetzt solle es gemeinsam mit Rot-Grün in Düsseldorf dafür sorgen, daß die dort vorhandenen Brennelemente gelagert werden können — am besten in Hanau selbst, wie Meyer ergänzte. Bund und Land hätten hier eine gemeinsame Verpflichtung und müßten gemeinsam Verantwortung übernehmen. Aber: „Mit der CDU im Land wird es keine Lösung gegen die Stadt Ahaus geben.“

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) erinnerte an die Bereitschaft des Landes, ein externes Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren zu übernehmen. Man habe und werde immer darauf drängen, „daß Ahaus ein Zwischenlager bleibt, und zwar nur für Brennelemente aus Nordrhein-Westfalen“. Die Elemente für den Schnellen Brüter seien aber nicht aus NRW; die Entscheidung darüber liege beim Bundesamt für Strahlenschutz, dem gegenüber das Land seine Position bereits deutlich gemacht habe. Das



Am Zwischenlager Ahaus wurden die energie- und entsorgungspolitischen Meinungsunterschiede deutlich (v.l.): Dr. Katrin Grüber (GRÜNE), Helga Giesselmann (SPD), Laurenz Meyer (CDU) und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD).  
Fotos: Schälte

Problem mit den in Hanau lagernden Brennelementen müsse die Bundesregierung lösen, dabei sei zu berücksichtigen, daß der bisherige Lagerort Hanau, der sogenannte Bundesbunker für Plutonium, dafür bestens geeignet sei. Es gehe nicht an, daß aus rein finanziellen Gesichtspunkten ein neuer Lagerort gesucht werde, der, wie der Ahauser Rat in seinem von CDU und SPD verabschiedeten Beschluß betone, für die Lagerung von stark plutoniumhaltigem Material weder konstruiert, noch gebaut und nicht genehmigt worden sei. Er appelliere an Bonn, das Material dort zu lassen, wo es auf vernünftigste Weise untergebracht sei.

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, meinte, daß für den in Deutschland noch auf Jahrzehnte bestehenden Energieversorgungsmix aus fossilen Brennstoffen, regenerativer Energie und Kernenergie eine gesicherte Entsorgung zu betreiben sei.

Darum richte er an die SPD — die GRÜNEN nahm er aus, weil sie unbelehrbar seien und in Deutschland Hysterie züchteten — den Appell, „daß wir sowohl die Zwischenlager als auch die Endlager mit aller Macht anstreben“. Man wolle alles tun, „um Ahaus nicht in Mißkredit zu bringen“.

**Adolf Retz** (SPD) fand, es gehe nicht an, „daß Nordrhein-Westfalen mit dem in Ahaus geplanten Zwischenlager das zentrale Entsorgungszentrum in der Bundesrepublik wird“. Da seien der Bund und Süddeutschland in der Pflicht. In NRW könne nicht alles das stattfinden, was in anderen Ländern nicht möglich sei.

**Bernhard Tenhumberg** (CDU) fand, das Thema der Aktuellen Stunde „Ahaus darf nicht zum Gorleben von NRW werden“ sei nur dazu geeignet, Unruhe zu stiften. Er nannte die ablehnende Haltung des Ahauser Rats begründet und die Suche nach einem Standort für fabrikneue Brennelemente nicht notwendig.

**Siegfried Martsch** (GRÜNE) stellte klar, daß man für die Probleme in NRW Verantwortung übernehme, nicht aber für die marode Energiepolitik der Bundesregierung, „die in einer zynischen Art und Weise versucht, mit den Nöten der Menschen in Ahaus ein schmutziges Spiel zu treiben“.

**Minister Wolfgang Clement** (SPD) kehrte das Argument von den Begräbniskosten um: „Diejenigen, die für die Fortsetzung der Kernenergie sind, sollten dies nicht sein dürfen, wenn sie nicht wissen, wohin es anschließend mit dem Müll geht.“

**Laurenz Meyer** (CDU) unterstrich die Position in den Verträgen für Ahaus, daß es sich dort nur um abgebrannte Brennstäbe handeln solle, allenfalls noch erweitert um Abfälle aus Forschungsreaktoren. Wer da noch die Beschränkung „Nur aus NRW“ anhängen, der mache einen Fehler, denn niemand in Deutschland könne begreifen, „daß Nordrhein-Westfalen mit Kalkar nichts zu tun hat“.

**Minister Wolfgang Clement** (SPD) hielt nichts davon, „mit Kalkar zu winken“. Die Brennstäbe von Kalkar fielen eindeutig nicht unter das Material, das in Ahaus zwischengelagert werden dürfe.

## SPD und GRÜNE lehnen Forderung nach verdachtsunabhängigen Kontrollen ab

Die CDU will das Polizeigesetz des Landes so ergänzen, daß die nordrhein-westfälische Polizei befugt ist, im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometer sowie generell auf öffentlichen Einrichtungen und Durchgangsstraßen des internationalen Verkehrs zur Unterbindung des unerlaubten Aufenthalts sowie zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität Kontrollen durchzuführen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 12/619 neu) hat der Landtag auf Empfehlung des Innenausschusses (Drs. 12/978 neu) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

**Hans-Peter Meinecke** (SPD) nannte den Vorschlag der CDU überflüssig und unbrauchbar. Es sei erwiesen, daß solide polizeiliche Arbeit im Rahmen von Kontrollen „nur über vorliegende konkrete Verdachtsmomente mit anschließender zielgerichteter Ermittlungstätigkeit erfolgreich ist und sein kann“. Das aber sei nach dem bisherigen Polizeirecht schon möglich und üblich. Dagegen hätten ziel- und sinnlose Kontrollen der Polizei noch nie zu größeren Erfolgen geführt. Es gebe im Lande längst polizeiliche Einsatztrupps gegen Straßenkrimi-

nalität, die auch in den Grenzregionen tätig würden. Der Sprecher warnte vor einer weiteren Einschränkung der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger.

**Wilhelm Droste** (CDU) konterte, die Einwände der Koalition gegen den Gesetzentwurf seiner Fraktion seien selbst dazu angetan, diesen Antrag zu befürworten. Niemand könne bestreiten, daß dem grenznahen Raum bei der Bekämpfung von Drogenschmuggel und Schlepperunwesen eine besondere Bedeutung zukomme. Es dürfe

keine Möglichkeit ausgelassen werden, die Rechtssicherheit der Bevölkerung zu verbessern. Es stünde dem Lande gut an, in ähnlicher Weise vorzugehen, wie dies die anderen Grenzländer wie Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen mit Erfolg täten.

**Roland Appel** (GRÜNE) wies darauf hin, daß Polizei Ländersache sei und eine Bundespolizei wie der BGS eigentlich nicht benötigt werde. Man könne von politischer Seite nicht die Öffnung der Grenzen in Europa wollen und auf der anderen Seite in der Erwartung steigender Kriminalität immer neue Ausgleichsmaßnahmen beschließen, die massiv in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingriffen. „Sie machen eine bayerische Gartenzwergpolitik in Nordrhein-Westfalen, und sie wollen unsere Polizei, die weiß Gott anderes zu tun hat, noch mehr beschäftigen“, hielt Appel der CDU vor.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) erklärte, die CDU verwische die Zuständigkeit zwischen BGS und Länderpolizei. Die Absicht verdachtsunabhängiger Kontrollen in einem Streifen von 30 Kilometer sei bedenklich und in der Sache nicht geboten. „Wir sind froh, in Nordrhein-Westfalen ein Polizeigesetz zu haben, das in präziser Weise und unter rechtsstaatlichen Aspekten einwandfrei Eingriffsbefugnisse der Polizei an konkrete Tatbestände knüpft“, stellte Kniola fest und fügte an, die Kriminalitätsentwicklung lasse keine Problembereiche erkennen, die mit verdachtsunabhängigen Kontrollen wirksam und sinnvollerweise anzugehen seien.



Kein gemeinsamer Nenner in der Frage verdachtsunabhängiger Kontrollen durch die nordrhein-westfälische Polizei (v.l.): Hans-Peter Meinecke (SPD), Wilhelm Droste (CDU), Roland Appel (GRÜNE) und Innenminister Kniola (SPD).

Fotos: Schälte

## CDU verlangt verstärkten Kampf gegen herumreisende Straftäter

Der Ausschuß für Innere Verwaltung wird in öffentlicher Sitzung über den CDU-Antrag mit dem Titel „Deutschland darf nicht zum Tummelplatz für reisende Kriminelle aus dem Ausland werden!“ (Drs. 12/1188) beraten und abschließend abstimmen. Das beschloß das Plenum am 4. September bei der Debatte über diesen Antrag, in dem die CDU die Landesregierung auffordert, durch gezielte Schritte, etwa die Einrichtung polizeilicher Spezialeinheiten für operative Maßnahmen, der importierten Kriminalität entschieden entgegenzuwirken.

**Heinz Paus** (CDU) wies auf den massiven Anstieg der Kriminalität seit Ende der 80er Jahre hin, der fast ausschließlich auf das Konto ausländischer Straftäter gehe. Dafür seien der Mißbrauch des Asylrechts, die wachsende Zahl illegal im Lande lebender Ausländer und die zunehmende Anzahl reisender, meist in Banden organisierter Straftäter verantwortlich. Wenn man auch nicht dramatisieren wolle, sei doch die Bevölkerung beunruhigt und erwarte, daß der Polizei die erforderlichen personellen und technischen Mittel bereitgestellt werden, „um diese Phänomene auf Dauer auszuschalten“. Die CDU fordere zudem vom Innenminister ein umfassendes Lagebild. Wenn

auch schon einiges im Lande dagegen getan werde, so brauche man doch gegen diese neuen Erscheinungsformen der Kriminalität ein systematisches Vorgehen der Polizei, die ebenso wie die Justiz zu konsequentem Handeln aufgefordert sei.

**Stefan Frechen** (SPD) fand, wenn man auch das Problem der herumreisenden ausländischen Tätergruppen nicht geringschätzen dürfe, so bestehe doch „für blinden Aktionismus und Reaktionismus“ kein Anlaß. Der CDU-Antrag wäre vielleicht erledigt, wenn man sich zwischenzeitlich erkundigt hätte, meinte der Sprecher und erwähnte die Maßnahmen, die man in NRW auf den Weg gebracht habe: spezielle Ermittlungskommissionen, Koordinierungsstelle „Osteuropäische Straftäter“ beim LKA und des weiteren Entwicklung besonderer zielgerichteter Bekämpfungsstrategien und Konzepte, Verbindung von Prävention und Verfolgungsstrategien und besondere örtliche Bekämpfungskonzepte. Der Antrag sei darum eigentlich überflüssig, dennoch stimme man der Überweisung zu.

**Dr. Hisham Hammad** (GRÜNE) meinte, dem Problem international arbeitender, organisierter und oft zentral gesteuerter Krimina-

lität sei nicht mit populistischen und kurz-sichtigen Forderungen beizukommen. Sicher müßten alle gesetzlichen Mittel des Staates ausgeschöpft werden, wichtig sei aber auch, daß die Staaten Osteuropas in ihrer Entwicklung gefördert würden. Wer früher von Ausländerkriminalität und nun von importierter Kriminalität spreche, dem gehe es letztlich um Stimmungsmache gegen Minderheiten.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) bezeichnete es als billig und verantwortungslos, aus einer erneuten Angstkampagne politisches Kapital schlagen zu versuchen. Im Lande gebe es Einsatztrupps auf den Autobahnen, eine zentrale Ermittlungskommission des LKA und die Spezialeinheiten — da seien die CDU-Forderungen gegenstandslos. Er stelle fest: „Die nordrhein-westfälische Polizei hat schnell und flexibel auf die neuen Kriminalitätsformen reagiert.“

**Heinz Paus** (CDU) wies das Argument zurück, die Forderungen seien überflüssig, in NRW geschehe das alles schon; da habe die CDU aus ihren Gesprächen mit der Polizei einen anderen Eindruck. Es gebe tatsächlich Defizite, über die zu reden sei.





Nachmittagsbetreuung von Schulkindern durch Sportvereine auf freiwilliger Basis ist Ziel eines CDU-Antrags, bei dessen Beratung sich alle drei Fraktionen um Konsens bemühen wollen, v. l. Heinz-Helmich van Schewick (CDU), Dr. Hans Kraft (SPD), Ute Koczy (GRÜNE), Minister Dr. Axel Horstmann (SPD). Fotos: Schälte

Den CDU-Antrag „Beitrag des Sports zur Bereitstellung bedarfsgerechter Ganztagsangebote an allen Schulformen“ (Drs. 12/1180) überwies der Landtag am 4. September an den Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie (federführend) und zur Mitberatung an den Sport- und den Schulausschuß.

**Heinz-Helmich van Schewick** (CDU) erklärte, mit dem Antrag setze die CDU-Fraktion ihre Bemühung um den Ausbau von Ganztagsangeboten an allen Schulen fort. Ihre Kernaussage sei, daß der Sport unbedingt dazu gehöre. Die Lebenslagen der Kinder und der Familien hätten sich grundsätzlich geändert. Die Hauptverantwortung für die Erziehung obliege den Eltern, doch Schule, Jugendhilfe und Jugendarbeit der Vereine erhielten mehr erzieherische Verantwortung. Die Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen sei noch zu gering. Neben der Erweiterung ganztägiger Betreuung solle auch den Vereinen besserer Zugang zu jungen Menschen ermöglicht werden. Sport biete aktive körperliche und sozial integrative Betätigung. Sportunterricht an Schulen sei immer mehr gefährdet. Schulsport werde zum Sitzbleiber der Nation, habe der Präsident des Sportlehrerverbands formuliert. In NRW werde als Folge des Lehrermangels die Streichung der dritten Sportstunde für die Sekundarstufe I diskutiert und eine Fächerhierarchie entstehe, bei der Sport, Kunst, Musik und Religion auf dem Index stünden.

### Streßbewältigung

Wenn Kinder nicht mehr rückwärtslaufen und auf einem Bein balancieren könnten und wenn Wandertage ausfielen, errege das Besorgnis. Durch körperliche Bewegung würden nicht nur Gesundheitsprophylaxe und Streßbewältigung, sondern auch eine sinnvolle Freizeitbetätigung vermittelt. In Sachsen werde die integrierte Zusammenarbeit Schule/Sportverein diskutiert. NRW solle nicht nachstehen. Diese solle aber ergänzend zum Sportunterricht stattfinden. Sinnvoll sei, das befähigten Übungsleitern der Sportvereine zu übertragen.

**Dr. Hans Kraft** (SPD) fiel auf, daß bei der CDU fast marxistische Gepflogenheiten Platz griffen, wenn ständig Kuckart als Vordenker zitiert werde. Wenn es der CDU um bedarfsgerechte Ganztagsangebote an

## Beitrag des Sports zur Ganztagsbetreuung: Erziehung zu Gesundheit und sinnvoller Freizeit

allen Schulformen gehe, sei es nur ein kleiner Schritt, flächendeckend Gesamtschulen in NRW zu verlangen. Dr. Kraft nahm Bezug auf den Vortrag des Bielefelder Professors Kurz im Sportausschuß am 2. September über die Bindung von Kindern und Jugendlichen an Sportvereine. Damit sei wissenschaftlich belegt, was die Sportpolitiker bisher „verkauft“ hätten: Kinder, die frühzeitig zu einem Sportverein fänden und regelmäßig Sport trieben, wiesen in der Schule die besten Noten auf. Deshalb sei eine zentrale Rolle des Sports bei Ganztagsangeboten nur zu unterstützen. Kinder und Jugendliche an Gymnasien seien bevorteilt. Die größten Nachteile hätten Hauptschülerinnen, noch stärker die türkischen Hauptschülerinnen. Mädchen an Hauptschulen gingen am wenigsten in Sportvereine. Kooperation Schule/Sportverein gebe es, das sei zwischen den beiden Ministerien vereinbart. Interessant sei die Antragsforderung, Jugendhilfe mit Sportvereinen zu verknüpfen. Als Pilotprojekt könnten Kinder- und Jugendzentren in einem Sportverein aufgezogen werden.

### Mädchen benachteiligt

**Ute Koczy** (GRÜNE) hielt den Antrag der CDU für Wiederholung dessen, was sowieso gemacht werde, und für Hinterherlaufen. Die Koalitionsfraktionen hätten schon konkrete Verabredungen zum Ausbau der Betreuung für Schulkinder getroffen: Verstärkung der Angebote für unter Dreijährige, für Schulkinder bis 14 Jahre (Hort) und das Schulkinderhaus, durch finanzielle Bezuschussung der vollen Halbtagschule im Primärbereich, durch erweiterte und ganztägige Angebote in Zusammenarbeit mit öffentlichen und freien Trägern. Etwa 30 Projekte liefen bereits, weitere Modellprojekte unter dem Stichwort „sinnvolle Freizeitgestaltung“. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Sportvereine brauche die CDU nicht zu beantragen. Die Grünen seien jedoch zum gemeinsamen Nachdenken bereit.

**Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann** (SPD) hielt Ganztagsangebote für ein dringendes Problem. Bei vielen Projekten seien Träger gewonnen worden, die auch neue al-

tersspezifische Formen entwickelten. Einen Bericht über die Erfolge werde er bald vorlegen. Die klassischen Antworten auf den Wunsch nach Ganztagsbetreuung seien Hort und Schulkinderhaus. Darüber hinaus gebe es in NRW eine gute Infrastruktur, die viele interessante Freizeitangebote bereithalte. Sport sei eine interessante Alternative und besitze hohe Attraktivität für junge Menschen. Die Sportjugend beteilige sich mit drei Projekten, die Bereitschaft der Sportvereine sei deutlich gestiegen. Es fehle ihnen jedoch häufig an der personellen Grundstruktur. Ehrenamtliche Mitarbeiter könnten oft nicht unmittelbar nach Ende der Schulzeit eingesetzt werden. Alle Möglichkeiten sollten ausgetestet und erschlossen werden. Eines optimalen Weges, Ressourcen der Kultur, Freizeit und Sportarbeit zu gehen, sei er sicher.

### Nachmittagsverein

**Bernhard Recker** (CDU) stellte klar, die CDU verlange ein freiwilliges Angebot, nicht flächendeckend die Gesamtschule. Parlamentarisch sei ihr Anliegen auf gutem Wege. Frauen- und Jugendausschuß seien sich einig, daß die Schule neue Partner suchen müsse. Im Schulausschuß wurde beschlossen, einen interfraktionellen Antrag zu erarbeiten. Im Sportausschuß sei gerade die Bedeutung des Sports für Gesundheit und unter sozialem Aspekt sehr deutlich geworden. Der Verein, der ein jugendfreundliches Angebot unterbreite, erreiche junge Menschen besser. Das sei eine große Chance. Eine feste Anlaufstation, ein Raum mit warmer Pflege werde von seinem Verein angestrebt. Bürokratische Hemmnisse sollten das nicht erschweren.

**Manfred Degen** (SPD) sah in dem neuen CDU-Antrag einen Fortschritt und sprach die Hoffnung auf einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen aus. Ganztagsangebote stufenweise abzubauen und mit dem ersparten Geld die freiwilligen Angebote zu finanzieren, sei nicht der richtige Weg. Die Rückmeldungen auf die Umsetzung der verlässlichen Halbtagschule im November solle abgewartet und das gemeinsame Anliegen nicht unter Zeitdruck gesetzt werden.

## Landtagspräsident eröffnete am Tag der offenen Tür bedeutende Ausstellungen

# Ein vergnügliches Programm schlug großen Bogen von der Medizin in NRW bis zu exotischem Tanz

„Haben Sie das Gefühl, die eine oder andere der gezeigten Fotografien schon einmal gesehen zu haben? Es könnte gut sein. Denn die Motive sind großflächig in allen Städten des Ruhrgebietes sowie in Düsseldorf und Köln plakatiert, und zwar an Stellen, wo sonst ganz normale Werbeplakate zu finden sind.“ Mit diesen Worten eröffnete Landtagspräsident Ulrich Schmidt am Samstag, 31. August, dem Tag der offenen Tür im Landtag, die Ausstellung „Damals wir, Ruhrgebiet ...1946 ...“ Die gemeinsame Kampagne der Internationalen Bauausstellung Emscherpark und des Kommunalverbandes Ruhrgebiet war Teil der unterschiedlichen Aktivitäten anlässlich des 50jährigen Jubiläums von Land und Landtag Nordrhein-Westfalen.

Die Bilder stammten aus der Ausstellung „Bildberichte. Aus dem Ruhrgebiet der Nachkriegszeit“, die im vergangenen Jahr im Ruhrlandmuseum in Essen zu sehen war. „Die Fotos stimmen uns nachdenklich und sie machen uns vielleicht auch betroffen, jeden von uns auf eine andere Weise. Viele von uns haben diese Jahre selbst miterlebt, haben ihre eigenen, ganz persönlichen Erinnerungen. Sie erkennen in den Motiven eigene Erlebnisse wieder“, gab der Präsident seine Eindrücke wieder. „Wir sehen Chaos und Zerstörung, Ruinen und Tod. Aber vor allem sehen wir Menschen. Männer, Frauen und Kinder, denen die Spuren der Kriegsjahre anzusehen sind. Aber was mir bei einigen Fotos besonders aufgefallen ist, sind die Gesichter, die Hoffnung und Zuversicht ausstrahlen“, schloß Ulrich Schmidt. Er erinnerte daran, daß der Wiederaufbau in rasender Geschwindigkeit erfolgt sei, und schon bald sei das Land wieder die führende Indu-



Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnete die Ausstellung „Damals wir“ vor einem Plakat mit Trümmerfrauen, aufgenommen 1945 von dem Essener Fotografen Willy van Heekern.

strieregion gewesen. Nordrhein-Westfalen habe sich in den letzten Jahrzehnten zu einem modernen Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Branchenstruktur entwickelt.

Der Verbandsdirektor des Kommunalverbandes Ruhr, Dr. Gerd Willamowski, sagte, die Reportagefotos aus der Stunde Null zeigten Menschen inmitten von Geisterstädten, die u. a. Schlange stünden nach Wasser. Die Fotos, die kollektive Erinnerung seien, forderten emotionale, aber auch

moralische und politische Reaktionen der Bevölkerung heraus. Der Verbandsdirektor wies aber auch darauf hin, daß Nordrhein-Westfalen heute eine moderne Identität habe und das Ruhrgebiet das Kernstück des Landes sei.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete am Tag der offenen Tür die Gemeinschaftspräsentation „Gesundheitsland NRW“. Die Präsentation stand unter dem Motto „Gesundes, Wohltuendes, Interessantes, Neues und Faszinierendes aus dem Gesundheitsland Nordrhein-Westfalen“. Beteiligt waren der NRW-Bäderverband, der Fremdenverkehrsverband Teutoburger Wald, das Staatsbad und die Stadt Bad Oeynhaus, das Staatsbad Salzuflen, das Staatsbad Meinberg, der BKK Landesverband Düsseldorf, der Verein zur wissenschaftlichen Begleitung der Traditionellen Chinesischen Medizin an der Universität Essen, die Fakultät Gesundheitswissenschaft an der Universität Bielefeld, das Herz- und Diabetes-Zentrum NRW sowie die Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie Biomedizin e.V. Aus Bad Oeynhaus waren auch eine ganze Reihe von Kliniken vertreten. Selbst das dortige Spielcasino machte mit.

Was den Tag der offenen Tür, der eigentlich aus zwei Tagen, nämlich Samstag und Sonntag bestand, zu einem Vergnügen für jedermann werden ließ, war die Mischung aus ernst und heiter. Bei der Eröffnung der Gemeinschaftspräsentation stellte Landtagspräsident Ulrich Schmidt auch fest, daß mit der Darstellung der medizinischen Leistungsfähigkeit gleichzeitig auf eine besondere Art für die Region Ostwestfalen-Lippe geworben werde. Den Besucherinnen und Besuchern standen als Gesprächspartner renommierte Mediziner



Das „Gesundheitsland Nordrhein-Westfalen“ war einer der Schwerpunkte im Programm zu den Tagen der offenen Tür. Den Informationsständen der Staatsbäder galt großes Interesse. Fotos: Schälte



zur Verfügung. Im Besucherzentrum des Landtags konnten medizinische Vorträge etwa über Osteoporose oder Chinesische Naturmedizin verfolgt werden.

Ganz besonders erfreut zeigte sich der Präsident darüber, daß Ostwestfalen-Lippe ein einzigartiges Kulturprogramm zusammengestellt hatte: Wunschkonzerte, Evergreens, Jazz und Swing, traditionelle indonesische Tanzperformance, das berühmte Ensemble Seidenstraße, das unter anderem Jahrtausende alte chinesische Bewegungskunst vorführte, und der Auftritt der besten indonesischen Musik- und Tanzgruppe unter der Leitung von Professor Dr. I-Mde Bandem von der Hochschule für Künste in Denpasar. Die Musik- und Tanzgruppe aus Bali ließ die Besucherinnen und Besucher an „Geschichten vom Paradies auf Erden“ teilhaben. „Mehr kann man wirklich nicht von einem Landesparlament verlangen“ folgerte Ulrich Schmidt.

Für Briefmarkensammler war ein extra Stand aufgebaut worden. Sammler konnten sich mit philatelistischen Raritäten versorgen, die, so gewünscht, einen Erinnerungstempel erhielten. Der Erlös aus dem Verkauf ging an die Hinterbliebenen der bei einem Überfall auf eine Postfiliale in Wiehl am 15. August im Einsatz getöteten Polizistin.



Für die Bali-Therme in Bad Oeynhausen warben die jungen Damen aus Indonesien. Gut gelaunt auch Landtagspräsident Ulrich Schmidt (2.v.l.) sowie die Abgeordneten Bodo Champignon (SPD, 3.v.r.) und Wilhelm Krömer (CDU, l.)

## Wunderbares Fest

Am Sonntagabend erschienen Ministerpräsident Johannes Rau und Oberbürgermeisterin Marlies Smeets zur Abschluß-Presskonferenz mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt. Rau bekundete fröhliche Stimmung. Nach Sorgen wegen des Wetters habe man ein wunderbares Fest miteinander gefeiert. Düsseldorf sei Stadt des ganzen Landes gewesen und habe mit Menschen aus allen Teilen des Landes ein einmaliges friedliches Fest erlebt. 13 000 Aktive hätten zusammen mit zahllosen Helfern das größte Straßenfest Europas ermöglicht. NRW könne nicht nur feste arbeiten, sondern auch Feste feiern. Die Darbie-

tungen hätten vom jüngsten Zauberer Deutschlands aus Mönchengladbach, dem Shanty Chor aus Bochum, Beiträgen der Britischen Rheinarmee für jeden etwas enthalten. 19 Städte hätten Kultur geboten. NRW und Italien würden nächste Woche feiern, andere Feste würden folgen. Das Staatsarchiv habe einen bedeutenden Band zur Geschichte geliefert. Den niederrheinischen Kulturraum hätten ein Konzert in Beek und eine Veranstaltung der Künstler von Schöppingen präsentiert.

Rau dankte zuerst dem Landtag, der die Mittel für das NRW-Fest bewilligt und mit dem die Landesregierung hervorragend kooperiert habe. Seine zweite Dankadresse richtete sich an den niederländischen Generalkonsul, auch für die Frühstücksaktion in 46 Düsseldorfer Altenhei-

men. Dem WDR dankte Rau für die Übertragungen, die Medienstadt Köln sei präsent gewesen, die Schlacht von Worringen sei endgültig vergessen. Besonders zu danken sei auch der Präsentation der ostwestfälischen Bäder „Gesundheitsland NRW“ im Landtag, die gezeigt habe, daß der Landtag nicht nur Haus der Volksvertretung, sondern Haus des Volkes sei. Die Straße der Regionen, das Sportland NRW, das von „Destination Düsseldorf“ gestaltete Kö-Fest, Zirkus Roncalli und der Einsatz der Ehrenamtlichen seien gelungen. Es habe keine Plakate, keine bezahlte Anzeigen gegeben, vielmehr habe man sich nur auf die Medienwerbung verlassen.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt bezifferte die Zahl der Besucher im Landtagsgebäude auf über 35 000 an beiden Tagen gegenüber sonst 90 000 im ganzen Jahr. Das sprengte alle Dimensionen bisheriger Besuchstage. Alles habe atemberaubend gut geklappt. Sein Dank richte sich an die Landeszentrale für politische Bildung und an den Kommunalverband Ruhrgebiet. Das Städtebau-Modell der Oberbürgermeisterin sei auf großes Interesse gestoßen. Der Stand der Post AG sei ein Magnet für Sammler gewesen. Im Gesundheitszentrum der ostwestfälischen Bäder hätten viele Besucher die Möglichkeit zur neurologischen Diagnose und Blutdruckmessung gehabt sowie Angebote chinesischer Medizin genutzt. Drei große Ausrufezeichen gebührten der Musik der Staatsbäder Bad Meinberg und Salzuflen.

Oberbürgermeisterin Marlies Smeets sprach vom gelungenen Verzicht auf PKWs. Seit vielen Tagen habe die Stadt versucht überzubringen, daß es keinen Sinn habe, mit dem Auto in die Stadt zu kommen. Diese Rechnung sei aufgegangen. 90 Prozent der Besucher seien mit dem ÖPNV gekommen. Düsseldorf setze seit zehn Jahren bei Großveranstaltungen wie der 40Jahr-Feier, der Kirmes, dem Japanfest auf den ÖPNV. Die älteste und die neueste Promenade, nämlich die Kö und die Rheinpromenade, seien eine gute Ver-

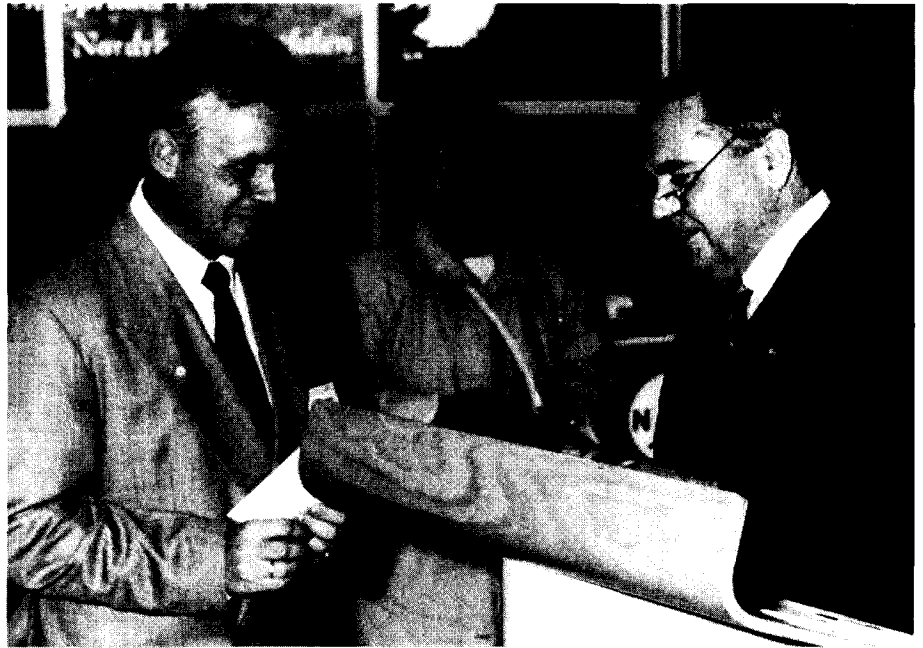


Das chinesische Ensemble Seidenstraße führte den traditionellen Löwentanz auf, der dem Gastgeber Landtag Glück bringen sollte. Fotos: Schälte

bindung eingegangen, das dichte Geschehen zwischen den beiden Brücken und den beiden Promenaden zeige das. Die Stadt habe kleinere Aktionen am Burgplatz veranstaltet, die Düsseldorf-Töchter, die Postkartenaktion, wobei sich OB und MP gegenseitig geschrieben hätten. Den japanischen Mitbürgern dankte sie für ihre Beteiligung am Umzug und ihren Stand am Burgplatz, was zeige, daß sie sich wohlfühlten.

Düsseldorfs Polizeipräsident Rainer Wittmann sprach von einem ruhigen Wochenende, auf das die Polizei gut vorbereitet gewesen sei mit 1350 Beamten im Einsatz. Auf 2,8 Millionen Besucher schätzten seine Leute die Besucherzahlen. Es habe weder Verkehrschaos noch größere Unfälle noch erhöhte Kriminalität gegeben.

Rau ergänzte, die drei Millionen Mark, die der Landtag für das NRW-Fest bewilligt habe, seien ausschließlich für Technik und Aufbauten, also die Infrastruktur, nicht jedoch für Veranstaltungen aufgewendet worden. Alles andere sei von Sponsoren bezahlt worden. Aus Sicht des Landes sei es ein sparsames Fest gewesen. Andere Bundesländer feierten jedes Jahr. Das sei eben der lippische Einschlag in NRW.



Freundliche Atmosphäre an beiden Tagen, das Wetter spielte mit. Gern gab Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) Bürgerinnen und Bürgern sein Autogramm.



Eine besondere Attraktion war ein Spieltisch des Casinos Bad Oeynhausen. Auch die Croupiers waren echt. Es wurden allerdings nur Demonstrationsspiele durchgeführt.



Auf großes Interesse stieß auch das Städtebaumodell der Landeshauptstadt, das in der Wandelhalle des Landtages aufgebaut war. Fotos: Schälte

## Funktionsträger beraten über Neuregelung der Nachtflugbeschränkung

Der Verkehrsausschuß des Landtags hatte am 11. Juni 1996 einen Entschließungsantrag zur Neuregelung des Nachtflugs auf dem Flughafen Köln/Bonn vorgelegt. Dieser sah neben der Kernzeit für Passagierflugzeuge zwischen null Uhr und fünf Uhr eine Begrenzung des Höchstabfluges vor.

Im Antrag wurde auch eine weiterhin bestehende Nachtflugerlaubnis für Transportflugzeuge festgelegt. Der CDU-Abgeordnete Günter Langen hat diesen Antrag zum Anlaß einer Kleinen Anfrage genommen, in der er wissen will, ob diese in Deutschland einma-

lige Regelung rechtlich umsetzbar sei und mit EU-Recht übereinstimme. Wirtschafts- und Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) erklärt in seiner Antwort, die Landesregierung sei den Aufforderungen in der Entschließung des Landtages zur Neuregelung der Nachtflugbeschränkung für den Flughafen Köln/Bonn-Konrad Adenauer gefolgt (Drs. 12/1078). Nach Beratung des Entwurfs in der Kommission würde momentan eine Anhörung der betroffenen Funktionsträger des Flughafens Köln/Bonn durchgeführt. Nach der Auswertung aller Äußerungen werde sein Ministerium einen endgültigen Entwurf erstellen, der dann dem Bun-

desverkehrsministerium zugehe. Eine Prüfung der Übereinstimmung der vorgesehenen Regelungen mit dem nationalen und internationalen Luftrecht sei erst zu diesem Zeitpunkt möglich. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Rechtsvorschriften der EU konsultiere das Bundesverkehrsministerium. Zudem sei der Landesregierung keine EU-Verordnung oder -Richtlinie bekannt, die Regelungen zum Nachtflugbetrieb enthalte. Auch die Bundesrichtlinien für die Gestaltung von Nachtflugbeschränkungen enthielten keine Bestimmung über die Unzulässigkeit unterschiedlicher Regelungen zum Passagier- und Frachtverkehr (Drs. 12/1203).

## Bald 3 000 Sitzungen

„Dies ist heute die 1290. Sitzung des Landtags des Landes Nordrhein-Westfalen seit seiner Eröffnungssitzung am 2. Oktober 1946 im Opernhaus Düsseldorf.“ Diese Mitteilung machte Landtagspräsident Ulrich Schmidt zu Beginn der 33. Sitzung des Landesparlaments in der 12. Legislaturperiode am vergangenen Mittwoch im Plenum des Landtags.

## Gemeinschaftsaufgabe

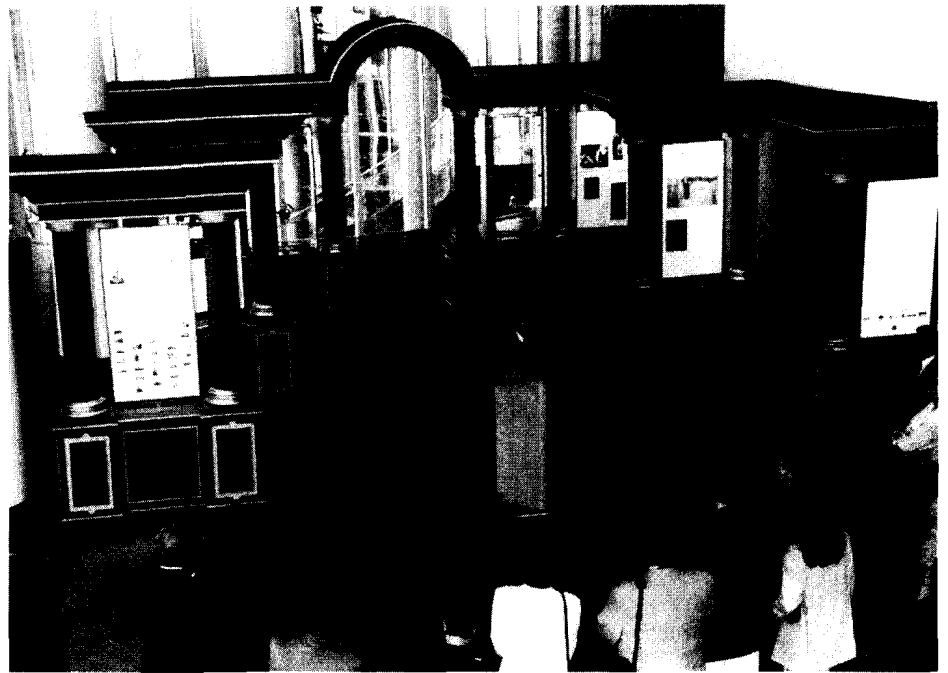
Der Landtag hat auf Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses den 24. Rahmenplan „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ als Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a Grundgesetz einstimmig zur Kenntnis genommen.

## Zentrale Ermittlung

Der Landtag hat nach zweiter Lesung einstimmig dem Änderungsabkommen über die Ermittlungsstelle für die Strafverfolgung von Mitgliedern ehemaliger SED-geführter DDR-Regierungen und Verfolgung von Straftaten in Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsgeschehen (ZERV) zugestimmt (Drs. 12/1091).

## Bürogebäude

Der Landtag ist der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses gefolgt und hat der Veräußerung eines Bürogebäudes in Düsseldorf zugestimmt (Drs. 12/655 und 12/1102).



„Aspekte der Weser-Renaissance“ hieß eine Ausstellung, die Landtagspräsident Ulrich Schmidt (Mitte am Pult) am vergangenen Dienstag im Landtag eröffnete. Sie dauert noch bis zum 14. September. Mit der Ausstellung gehe man auf der Zeittafel etwa vierhundert Jahre zurück in die Zeit des Übergangs vom ausgehenden Mittelalter zur Neuzeit: in das Zeitalter der Renaissance, erläuterte der Präsident. Die Renaissance habe ihren Anfang im Italien des 13. und 14. Jahrhunderts genommen und sich von dort auf die Länder West- und Mitteleuropas ausgedehnt. Alle westlichen Länder hätten im 16. Jahrhundert unter dem kulturellen Einfluß Italiens gestanden. Während Elemente der Renaissance die deutsche Malerei bereits seit Mitte des 14. Jahrhunderts beeinflusst hätten, seien die Strömungen in der Architektur erst gut 170 Jahre später erkennbar geworden. Mit der im Landtag präsentierten Ausstellung des Museums Brake erhalte man einen Einblick in die Epoche der sogenannten Weser-Renaissance. Die Bauplastik im Weserraum sei reich an Motiven humanistischer Rückbesinnung auf das griechische Altertum. Zu den vielen Architekturbeispielen gehöre auch das Schloß Brake vor den Toren der Stadt Lemgo. Die Ausstellung sei in vier Themenschwerpunkte gegliedert, erklärte der Präsident: Wirtschaftliche Voraussetzungen, Geistige Voraussetzungen, Kultureller Transfer und Kultureller Niederschlag. Mit den beiden Exponaten, dem Brautbecher und dem silbernen Tafelaufsatz, habe das Museum zwei wahre Kleinode zur Verfügung gestellt, schloß Ulrich Schmidt. Foto: Schälte



## Expandierende Nachfrage von Frauen nach Arbeitsplätzen

Unter dem Vorsitz von Professor Dr. Friedhelm Farthmann befaßte sich die Enquetekommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ in ihrer Sitzung am 29. August 1996 mit der spezifischen Arbeitsmarktsituation in Nordrhein-Westfalen sowie mit der Regulierungs- bzw. Deregulierungsdiskussion (Bild links). Professor Dr. Paul Klemmer (RWI Essen, der Mitglied der Kommission ist, informierte über Entwicklungsrisiken des Arbeitsmarktes NRW und wies u. a. insbesondere darauf hin, daß die expandierende Nachfrage nach Arbeitsplätzen in NRW vorrangig durch die Nachfrage der Frauen gespeist wird. Dr. Karl Pröbsting (Landesarbeitsamt) skizzierte arbeitsmarktliche Konsequenzen, die aus der Bevölkerungsentwicklung in NRW erwachsen. Er plädierte für eine Intensivierung der Ausbildung und die Entwicklung einer Kompetenz zum lebenslangen Lernen. Professor Dr. Gerhard Bosch (IAT Gelsenkirchen) diskutierte über den Arbeitsmarkt der Zukunft zwischen Regulierung und Deregulierung. Er bilanzierte, daß eine Deregulierung des Arbeitsmarktes nicht zu einer Lösung des Beschäftigungsproblems führe, vielmehr zu negativen sozialen Effekten in anderen Bereichen beitrage. Das Foto zeigt von rechts die Professoren Dr. Paul Klemmer, Dr. Gerhard Bosch und Dr. Friedhelm Farthmann sowie Dr. Karl Pröbsting. Foto: Schälte



## Der Fall Priebke:

# „Einstellung des Verfahrens war fehlerhaft“

Aus aktuellem Anlaß und wegen des großen Interesses der Öffentlichkeit unterrichtete der nordrhein-westfälische Justizminister in der Sitzung des Rechtsausschusses am 30. August im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde über den Stand des Ermittlungs- und Auslieferungsverfahrens im Fall Priebke.

Auf Antrag des Leiters der Zentralstelle bei der Staatsanwaltschaft in Dortmund hat das zuständige Amtsgericht am 9. Juni 1995 Haftbefehl gegen den Beschuldigten wegen der Erschießungen in den Adriatinischen Höhlen in Rom im März 1944 beantragt. Das Verfahren wegen der Erschießungen war 1971 eingestellt worden, und zwar wegen nicht auszuschließender Verfolgungsverjährung, was aus heutiger Sicht – so Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) in der Sitzung des Ausschusses – fehlerhaft war.

Die bei der Justizakademie Recklinghausen eingerichtete Dokumentations- und Forschungsstelle Justiz und Nationalsozialismus wird den Auftrag erhalten, den Fall Priebke gutachtlich zu prüfen. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Gunther Sieg (SPD), regte an, nach Vorlage des Gutachtens die Problematik der strafrechtlichen Aufarbeitung von NS-Unrecht durch die Justiz erneut im Ausschuß zu diskutieren. Die Sprecherin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Christiane Bainski, hielt eine entsprechende gutachtliche Aufarbeitung dieser Frage für ebenfalls zwingend, vor allem um das Vertrauen in die Justiz in dieser Frage wieder herzustellen. Auch die Sprecherin der CDU-Fraktion, Maria Theresa Opladen, sah noch eine Vielzahl von Fragen, die zu klären seien. Für sie sei überhaupt nicht nachvollziehbar, daß die fehlerhafte Verfahrenseinstellung bei der regelmäßigen Prüfung durch die vorgesetzte Generalstaatsanwaltschaft nicht festgestellt worden ist.



Den letzten von ehemals fünf Ausschußassistenten der „alten Garde“, die 1970 im Zuge der damaligen Parlamentsreform eingestellt worden waren, hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) in den Ruhestand verabschiedet. Regierungsdirektor Karl-Heinz Althoff (l.) hat viele Jahre dem Fachbereich Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie dem Wirtschaftsausschuß zugearbeitet. Zuletzt hat er auch den Ausschuß für Grubensicherheit betreut. Seit 1981 war Althoff auch „Geheimschutzbeauftragter“ der Landtagsverwaltung. Foto: Schälte

Durch Kabinettsbeschluß vom 12. März dieses Jahres hat die Landesregierung die Beratung über die von der Firma Kienbaum durchgeführte Organisationsuntersuchung des Vollzugs- und Verwaltungsdienstes abgeschlossen und zugleich den Startschuß zur Einleitung eines umfassenden Organisationsentwicklungsprozesses gegeben. Die erste Kabinettsentscheidung über das Kienbaumgutachten, nämlich das Weiterbestehen von zwei Vollzugsämtern, hatte der Rechtsausschuß bereits vor der Sommerpause mit Mehrheit gebilligt.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Robert Krumbein, begüßte den Prozeß der Organisationsentwicklung mit dem Ziel, die Ideen der Bediensteten in diesen Prozeß miteinzubringen. Organisationsentwicklung liege in der Zuständigkeit der Exekutive; um so mehr sei zu begrüßen, daß der Justizminister im Rahmen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit kontinuierlich zu berichten gedenke. Die CDU-Fraktion forderte darüber hinausgehende Möglichkeiten der Beteiligung des Rechtsausschusses.

Schließlich gab der Justizminister noch einen Überblick über den Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe auf dem

Rhein-Ruhr-Flughafen Düsseldorf, die bisher noch nicht abgeschlossen werden konnten. Die Staatsanwälte hätten mit der Auswertung der sichergestellten Unterlagen bereits begonnen, die Arbeit gestalte sich allerdings als schwierig. Auch die bestellten Sachverständigen hätten bisher nur einen vorläufigen Bericht bzw. nur als vorläufig anzusehende Teilgutachten vorgelegt. Beide Sachverständige seien allerdings nach ihren bisherigen vorläufigen Stellungnahmen übereinstimmend zu dem Ergebnis gelangt, daß die Schweißarbeiten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit für die Brandentstehung ursächlich waren.

## Neuordnung des Hochschulzugangs

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN hat der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung unter dem Vorsitz von Ingrid Fitzek (GRÜNE) in öffentlicher Sitzung am 5. September den Antrag der CDU-Fraktion „Neuordnung des Hochschulzugangs jetzt einleiten“ (Drs. 12/408) nach abschließender Beratung abgelehnt.

Zuvor hatte die antragstellende Fraktion eine Änderung des Antrags vorgelegt, in der Forderungen aus der Ausschußanhörung zu diesem Thema im Juni dieses Jahres gezogen wurden. Hier habe sich Handlungsbedarf erwiesen, begründete Manfred Kuhmichel (CDU) die Neuformulierung von Artikel III. So müsse das Abitur reformiert werden, um für mehr Studierfähigkeit zu sorgen, zudem seien die Orientierungshilfen in der Studieneingangsphase deutlich zu verstärken. Zur Senkung der Abbrecherzahlen müßten Kurzstudiengänge entwickelt werden, neben dem Wettbewerb in der Forschung müsse an den Hochschulen auch der Wettbewerb in der Lehre treten. Das Hochschulrecht sei schließlich durch die Aufnahme einer Experimentierklausur zu ändern, die es den Hochschulen ermögliche, neben dem Abitur die Erfüllung bestimmter Eingangsvoraussetzungen zu verlangen.

Für die SPD erklärte Dietrich Kessel, es sei unbestritten, daß Verbesserungen in der Hochschuleingangsphase und bei der didaktischen Qualifikation der Hochschullehrer notwendig seien, die Anhörung habe aber das Abitur als zentrale Voraussetzung für das Studium bestätigt.

Die Ausschußvorsitzende Ingrid Fitzek (GRÜNE) meinte, der Nachweis einer von der CDU behaupteten nachlassenden Studierfähigkeit sei nicht erbracht worden. Neben dem Abitur seien sicher Interesse und Motivation der Studierenden für den Studienerfolg wichtig; die zu wecken, sei Aufgabe von Hochschulen und Schulen.

Der CDU-Sprecher vermißte die Alternativen der Koalition, die die Ablehnung des Antrags insgesamt angekündigt habe, obwohl sie auch der Meinung sei, daß die Studieneingangsphase verbesserungswürdig sei. Die SPD-Fraktion im Ausschuß konterte mit der Feststellung, der CDU-Antrag solle seiner Tendenz nach eher vom Studium abschrecken, deswegen lehne man ihn ab, obwohl in einzelnen Punkten durchaus Konsens herzustellen sei. Die Ausschußvorsitzende schließlich wehrte sich dagegen, die Last von Verbesserungen in der Studieneingangsphase allein den Studierenden aufzubürden.



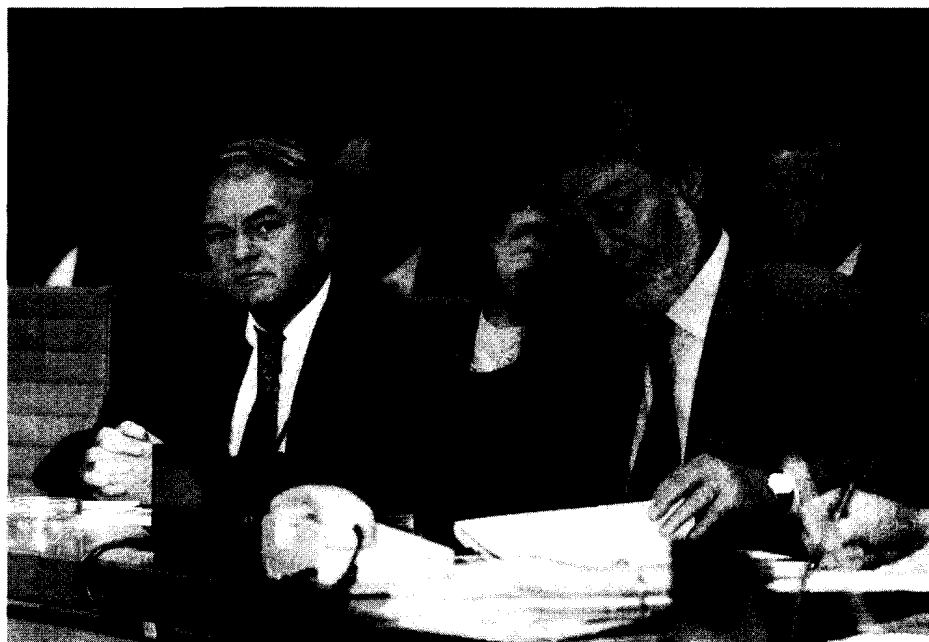
Mitglieder des Arbeitskreises Rundfunk der Landesrechnungshöfe des Bundes und der Länder sind von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) im Landtag empfangen worden. 2. v. r. die Präsidentin des NRW-Rechnungshofes, Ute Scholle. Foto: Schälte

## Deutsche Welle berichtet über Deutschland im sich vereinigenden Europa rund um den Globus

„Wir sind eine Medienblume, die im Verborgenen blüht, weil wir Auslandsrundfunk machen.“ Mit diesem Satz begann der Intendant der Deutschen Welle, Dieter Weirich, vor dem Hauptausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) seinen Bericht über die aktuelle Situation des deutschen Auslandssenders. Auf die Frage eines Umzugs der Deutschen Welle von Köln nach Bonn in den Schürmannbau eingehend, erinnerte Weirich daran, es gebe einen Streit zwischen dem Bundesbauminister und dem Bundesfinanzminister. „Ich kann im Augenblick nicht einschätzen, wer sich durchsetzt“, stellte er fest. Doch der Fall sei ziemlich klar, entweder bleibe man in Köln oder gehe nach Bonn. Aber beide Städte befänden sich in Nordrhein-Westfalen. „Deshalb sollten ihre Leidenschaften in dieser Frage begrenzt sein“, meinte der Intendant geteilt vor den Abgeordneten. Als unumstritten bezeichnete er den Standort der Deutschen Welle für Fernsehen in Berlin. Dort würde gerade ein Neubau bezogen. „Im Zusammenhang mit der Karawane von Bonn nach Berlin“ würden 40 bis 50 Mitarbeiter wechseln.

„Die Frage der Streitigkeiten zwischen den Ländern über Gesetz, Standort und ähnliches ist für mich eine absolute Gespensterdiskussion“, folgerte Weirich. Er erinnerte daran, jetzt werde ein Machtwort des Kanzlers erwartet, das aber schon seit sechs Jahren gefordert werde. Er hänge sich deswegen nicht in die aktuelle politische Diskussion hinein, weil er Mieter und Nutzer sei und nicht Bauherr. „Aber es befällt mich regelmäßig ein sommerliches Schöpfungstief, wenn die Frage neu aufgerufen wird,“ beschrieb der Intendant die persönliche und allgemeine Lage. Er schloß indessen, diesmal sei es insoweit ernst, als daß ein Bericht des Bundesrechnungshofes vorliege und der Haushaltsausschuß des Bundestages im September entscheiden wolle. „Und damit wird auch die Frage der Zukunft unseres Standortes definiert“, sagte Weirich.

Zu weiteren „aktuellen Problemstellungen“ erklärte der Intendant, die Deutsche Welle habe vor drei Jahren eine umfassende Unternehmensreform eingeleitet, um flexibler, mobiler und im Zeitalter der Globalisierung wettbewerbsfähig zu sein. „Die starren sozialstaatlichen Strukturen in Deutschland behindern uns im internationalen Wettbewerb“, sagte Weirich. Eigentlich müsse man eine internationale Medienfeuerwehr sein. Der starre Kündigungsschutz in Deutschland, die Immobilität der öffentlich rechtlichen Anstalten sei etwas, „was uns massiv behindert im internationalen Wettbewerb“. Vor dem Hintergrund der Bonner Haushaltskürzungen habe man in den letzten drei Jahren über 300 Mitarbeiter abgebaut. Das sei ein Abbau von 15 Prozent. „Das ist der rigideste Sparkurs, der innerhalb der ARD von einer Anstalt gefahren wurde.“ Weirich bezeichnete den Druck bei der deutschen Welle, die bundesfinanziert sei, als viel größer als bei den Landesrundfunkanstalten. Man erwarte in dieser Woche durch den Haushaltsausschuß eine Kürzung von 30



Situation der Deutschen Welle: v.r. Ausschußvorsitzender Klaus Matthiesen (SPD) und Intendant Dieter Weirich.  
Foto: Schälte

Millionen Mark, während beispielsweise die ARD-Anstalten durch die Gebührenerhöhung ein Plus von 20 Prozent bekämen. Teilweise mit, teilweise in Konflikt mit den Gewerkschaften habe man die Tarifverträge geändert und sei heute in der Lage, sehr viel mehr Fristverträge abzuschließen als früher. Es würden bei der deutschen Welle so gut wie keine Planstellen mehr vergeben. Bereits vor drei Jahren habe man beschlossen, das mittlere und obere Management nur noch mit Zeitverträgen auszustatten. Gerade sei man dabei, ein System zu entwickeln, das man dezentrales Budgetmanagement nenne, das bedeute, jeder Redaktionsleiter sei verantwortlich für seine Redaktion im finanziellen Bereich. Er bekomme einen Etat, und mit diesem Etat müsse er auskommen. Es gebe interne Leistungsverrechnungen zwischen den Redaktionen. „Das gleiche macht die BBC, und wir machen eine sehr gute Erfahrung damit“, schloß Weirich.

### Vom Bund finanziert

Zu Beginn seiner Ausführungen hatte der Intendant Daten genannt. Danach hat die Deutsche Welle, das zweitgrößte öffentlich rechtliche Medienhaus in NRW und auch das zweitgrößte nach dem Westdeutschen Rundfunk in Köln, einen Haushalt von 630 Millionen Mark und 2 000 Mitarbeiter, davon 1 600 in Köln und 400 in Berlin. Als Mitglied der ARD unterscheidet die Deutsche Welle allerdings z. B. vom WDR die Tatsache, daß sie vom Bund und nicht aus Gebührenhalten finanziert wird.

„Wir sind so etwas wie die Stimme Deutschlands in der Welt“, sagte Dieter Weirich. Der gesetzliche Auftrag sei, über Deutschland in einem sich vereinenden Europa rund um

den Globus zu berichten. Ferner sei es Aufgabe, so etwas wie eine Stimme der Freiheit zu sein für Länder ohne oder mit eingeschränkter Informationsfreiheit. Auch empfinde man sich als Deutschlands größtes Klassenzimmer. Die Deutsche Welle strahle Sprachkurse in 18 Sprachen aus. Es gebe 20 Millionen junger Menschen in der Welt, die über Rundfunk und Fernsehen Deutsch lernten. Jeden Tag strahle man 39 Hörfunkprogramme in ebenso vielen Sprachen aus. Nach der jüngsten Höreruntersuchung der BBC, des größten Konkurrenten, habe man jeden Tag 30 Millionen Hörer in Deutsch und anderen Sprachen.

Bei der Diskussion merkte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi an, Weirich habe deutlich gemacht, daß man ein anspruchsvolles öffentlich rechtliches Programm machen könne, wenn man für eine Strukturreform die Voraussetzungen schaffe.

Auf eine Frage des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hegemann zur Satellitentechnik, sagte der Intendant, diese sei Fluch und Segen. Letztlich seien mehr Zuhörer gewonnen worden. Das Problem der Deutschen Welle seien jedoch die deutschen Staatskanzleien und ihr Rechtsverständnis. Er sprach sich für ein flexibles Frequenzmanagement aus. Als erfreulich erschien ihm, daß es zwischen Bundesregierung und Bundesrat beim Deutsche-Welle-Gesetz eine Annäherung gebe. Daraufhin erklärte der Chef der NRW-Staatskanzlei, Rüdiger Frohn, die Staatskanzlei habe kein traumatisches Verhältnis zur Deutschen Welle. Aber sie achte darauf, daß die Rundfunkhoheit der Länder gewahrt bleibe.

Hauptausschußvorsitzender Klaus Matthiesen verabschiedete den Kölner Intendanten ebenfalls gut gelaunt, und nannte dessen Äußerungen „erfrischend“.

## Haushaltsausschuß in Potsdam und Berlin (II)

### „Größte bewohnte Baustelle Europas“

*Der Stand des Aufbaus der Finanzverwaltung in Brandenburg war Schwerpunkt des zweiten Reisetages, über den sich die Parlamentarier im Finanzamt Potsdam-Stadt und bei der Ministerin der Finanzen informierten. Weiterhin stand ein Treffen mit dem Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie ein Besuch bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg auf dem Programm. Nachstehend Fortsetzung des Berichts.*

Im Finanzamt Potsdam-Stadt ließ sich der Ausschuß von dessen Vorsteher, Herrn Ohliger, sowie einem Vertreter der Oberfinanzdirektion Cottbus über die räumliche und personelle Situation des Amtes unterrichten. Bei einem Rundgang durch die drei Bürocontainer lernten die Abgeordneten einige Arbeitsräume der rd. 250 Bediensteten des Finanzamtes kennen. Viele der Räume waren sehr klein und hatten keinen ausreichenden Platz für die Akten, so daß ein Großteil in Umzugskartons auf dem Flur gelagert wurde. Die Kartons wurden jedoch nicht nur zur Aktenlagerung verwendet, denn ein Teil der Mitarbeiter mußte seit Gründung des Finanzamtes im Jahr 1990 bereits 6 Mal umziehen! Daran wird sich nach Einschätzung von Herrn Ohliger so schnell nichts ändern, denn mit dem Neubau des Amtes soll erst 1997 begonnen werden. Die Einstellung seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (80% sind weiblich) zur Arbeit — trotz der Provisorien und räumlichen Unannehmlichkeiten — lobte Herr Ohliger ausdrücklich. Trotzdem das Finanzamt seine Einnahmen gegenüber dem letzten Jahr um 5% gesteigert habe und nunmehr rd. 23 Millionen Mark erziele, wirkten sich die knappen Haushaltsmittel auch dort aus. Dies bekomme insbesondere die Steuerfahndung zu spüren, die keine Handys für Durchsuchungsaktionen habe und vor einer geplanten Maßnahme erst zeitaufwendig bei anderen Dienststellen Mobiltelefone ausleihen müsse.

Beim Besuch des Finanzministeriums stand die Verwaltungshilfe Nordrhein-Westfalens für den Aufbau der Finanzverwaltung Brandenburgs im Vordergrund. Die Ministerin, Dr. Wilma Simon, gebürtige Dortmunderin, von 1987 bis 1995 Staatsrätin für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Hamburg und seit Oktober letzten Jahres in Brandenburg als Finanzministerin tätig, informierte den Ausschuß über den derzeitigen Aufbauzustand. Drei Viertel der 19 Finanzämter sei räumlich zufriedenstellend untergebracht, bei 4 bis 5 Finanzämtern sei die Unterbringung noch problematisch. Im Juli 1990 wurde die Arbeit in den damals 21 Finanzämtern mit einem Personalbestand von rd. 200 Mitarbeitern aufgenommen. Inzwischen sind in den 19 Finanzämtern und der OFD Cottbus rd. 3 745 Beschäftigte tätig. Wurden ursprünglich alle Ämter von abgeordneten NRW-Bediensteten kommissarisch geleitet, so sind derzeit bereits 11 Vorsteher und Vorsteherinnen Landeskindern. Im April 1996 waren noch 119 Bedienstete aus der Finanzverwaltung NRW in Brandenburg eingesetzt. (Zum Vergleich: 1992 lag die Zahl der Entscheidungen weit über 300.) Die Ministerin betonte, auch weiterhin sei Hilfe Nordrhein-Westfalens im Bereich der Betriebsprüfung bis 1998 außerordentlich wichtig. Nach Meinung von Fachleuten benötige ein Betriebsprüfer eine Berufserfahrung von 10 Jahren, um sich mit allen „Tricks“ der Firmen auszukennen. Inzwischen verfügen alle Brandenburger Finanzämter über eine eigene Betriebsprü-

fungsstelle. Für 1997 sei beabsichtigt, 3 Betriebsprüfungsstellen mit Sonderzuständigkeiten einzurichten, die Konzerne und Großbetriebe prüfen sollen. Das Land Brandenburg sei sehr daran interessiert, die Betriebsprüfung zu verstärken, um einerseits eine größere Steuergerechtigkeit zu erreichen und andererseits weniger „am Tropf des Länderfinanzausgleichs zu hängen. In der Investitionsbank des Landes Brandenburg, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum Finanzministerium befindet, informierte der Vorstandsvorsitzende Klaus-Dieter Licht die Abgeordneten über die Aufgaben und Entwicklung der Investitionsbank. Größter Anteilseigner ist die WestLB mit 50% des Stammkapitals von 200 Millionen Mark. Weiterhin sind das Land Brandenburg und die Landesbank Berlin mit je 25% beteiligt. Die Investitionsbank unterstützt das Land als Förderinstitut bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, gewerbliche Wirtschaft, soziale Einrichtungen, Infrastruktur, Land- und Forstwirtschaft sowie Umweltschutz. Förderinstrumente sind dabei zinsverbilligte Darlehen, Zuschüsse, Haftungsfreistellungen, Bürgschaften und Beteiligungen. Die Investitionsbank führt ca. 59 Förderprogramme im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen durch. Sie ist bei diesen Programmen auch Bewilligungsbehörde. Die Ursache dafür liegt in der Zweistufigkeit der Brandenburger Verwaltung. In Brandenburg gibt es keine Mittelbehörden; die Ministerien können jedoch die umfangreichen Förderprogramme nicht mit eigenem Personal abwickeln. Mit rd. 500 Beschäftigten wurden in den Jahren 1991 bis 1995 über 200 000 Anträge bearbeitet. Herr Licht unterstrich diese beeindruckende Zahl, als er auf die Förderzusagen der Bank über alle Programme allein im Jahr 1995 hinwies, die einen Umfang von 4 357,2 Millionen Mark ausmachten. Den größten Anteil daran hatte naturgemäß die Wohnungsbauförderung mit 1 854 Millionen Mark, denn die Bereitstellung angemessenen Wohnraums ist Staatsziel in der Brandenburger Verfassung.

Mit der Besichtigung des neuen Potsdamer Stadtteils Kirchsteigfeld, an dessen Finanzierung die Investitionsbank ebenfalls beteiligt war, wurden die Informationen über die Wohnungsbauförderung in Brandenburg eindrucksvoll vertieft. Auf einer Grundstücksfläche von ca. 587 000 m<sup>2</sup> wurden rd. 2 500 Wohneinheiten — überwiegend im sozialen Wohnungsbau, aber auch als Eigentumswohnungen — geplant. Baubeginn war September 1993 und schon Ende dieses Jahres sollen die letzten Wohnungen bezugsfertig sein. Das Neubaugebiet sollte jedoch keine „Schlafstadt“ werden, und so sind auch 148 900 m<sup>2</sup> als Dienstleistungsgebiet für ca. 5 000 Arbeitsplätze, 2 Schulen, 7 Kindertagesstätten, 1 Jugendfreizeitheim, Sportflächen und eine Kirche vorgesehen, um — wie der Chefplaner Rob Krier es ausdrückte — den Menschen ein Umfeld zu

schaffen, in dem sie gerne wohnen und arbeiten. Beeindruckt zeigten sich die Abgeordneten von der architektonischen Vielfalt der neu gebauten Häuser. Jedes Haus hat seinen eigenen Stil und setzt sich auch farblich von seiner Umgebung ab. Die Vertreter des Investors erklärten, daß sechs Städteplaner- und Architektengruppen gemeinsam die Vorstellungen für die Neubauten entwickelt hätten. Jedes Haus in einem Block wurde von einem anderen der beteiligten Architekten gebaut, so daß keine Monotonie aufkam. Die Planer hatten viel Wert auf ausreichende Grünflächen, Bäumen und Pflanzen gelegt, so daß das ganze Gebiet schon sehr wohnlich und attraktiv wirkte.

Der letzte Teil der Informationsreise führte den Ausschuß in das Abgeordnetenhaus. Die Abgeordneten trafen sich dort mit Mitgliedern des Hauptausschusses, der in Berlin für Haushaltsangelegenheiten zuständig ist. Die neue Finanzsenatorin, Dr. Annette Fugmann-Heesing, erklärte, die Finanzlage sei insbesondere durch den Wegfall der Bundeshilfe und wegen der schlechten konjunkturellen Entwicklung äußerst angespannt. Die Reduzierung der Einnahmen sei durch die Aufnahme in den Länderfinanzausgleich nicht kompensiert worden. Demgegenüber bestehe in einer Stadt, in der Ost und West aufeinanderträfen, ein enormer Druck auf der Ausgabenseite. Die noch aus früheren Zeiten resultierenden hohen Ausstattungsstandards müßten dem Bundesdurchschnitt angeglichen werden. Die Senatorin verwies auf einen Finanzstatus von Februar 1996, der eine jährliche Deckungslücke im Haushalt von 8 Milliarden Mark nach Kreditaufnahme ergeben hat. 1996 seien für 6,1 Milliarden Mark Kredite aufgenommen worden. Die große Koalition habe das Ziel, Kredite nur noch zur Finanzierung von Investitionen aufzunehmen — und nicht wie jetzt auch für konsumtive Ausgaben — und die Neuverschuldung jährlich um 650 Millionen Mark zu senken. Selbst wenn der Konsolidierungskurs beibehalten werde, steige der Schuldenstand bis 1999 um ca. 50%, so daß es keine Alternative zu dem eingeschlagenen Sparkurs gebe. Um die notwendigen Einsparungen zu erreichen, sei in Berlin mit dem Nachtragshaushalt 1996 erstmals ein Haushaltsstrukturgesetz verabschiedet worden, mit dem Einschnitte auch in bisherige Leistungen erreicht worden seien.

Die GRÜNEN im Hauptausschuß betonten, die besondere Situation der Stadt mit der höchsten Arbeitslosenquote, dem höchsten Anteil von Sozialhilfeempfängern an der Bevölkerung etc. dürfe nicht übersehen werden. Berlin habe den Strukturwandel „im Zeitraffer“ durchgemacht. Die PDS warf der Regierung vor, Ausgaben nicht für strukturelle Maßnahmen, sondern für Olympia- und Hauptstadtwerbung ausgegeben zu haben. Die CDU führte die prekäre Lage der Stadt auf den Wegfall der Bundeshilfe zurück, die 1991 mit 14 Milliarden Mark noch die Hälfte des Haushalts ausgemacht habe. Die hohe Verschuldung sei auch darauf zurückzuführen, daß Berlin die fehlenden Einnahmen nicht so schnell selbst erwirtschaften könne.

Zum Abschluß der Reise informierten sich die Abgeordneten in der Kongreßhalle beim Deutschen Bundestag über den Stand der Bauplanungen. Dabei fanden die Abgeordneten einen vielzitierten Ausspruch von Berlinern bestätigt: „Berlin ist die größte bewohnte Baustelle Europas!“



## Ausschuß informierte sich radelnd über Verkehr im Kreis Heinsberg

### Trotz Sturmtief: Minister und Abgeordnete wetter- und sattelfest

Die äußerste Westecke Nordrhein-Westfalens und ganz Deutschlands, das Seltkant, war Ziel der zweieinhalbtägigen Radtour, zu der Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD) den Verkehrsausschuß nach dem Ende der Sommerpause eingeladen hatte. Am ersten Tag nahm auch Verkehrs- und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement an Besuchen im Nordteil des Kreises Heinsberg teil. Hauptthema der Gespräche mit örtlichen Abgeordneten und Kommunalpolitikern waren neben der Förderung der Wirtschaftsstruktur vor allem Straßenbauprobleme der ländlichen Grenzregion, die sich mit stark expandierender industrieller und städtischer Bautätigkeit im niederländischen Nachbarland auseinanderzusetzen hat. Im Kreis Heinsberg beherrschen außerdem das Ende des Steinkohlenbergbaus (Zeche Sophia Jacoba in Hückelhoven) bis Mitte 1997 und die „Westwanderung“ der Braunkohle („Garzweiler II“) die Sorgen der Politiker.

In der Leonhardskapelle der früheren Kreisstadt Erkelenz wurden die Ausschußmitglieder und Verkehrsminister Clement von Bürgermeister Theo Clemens (CDU) begrüßt, der auf den bevorstehenden Festakt zum 450jährigen Jubiläum des Rathauses mit einem mittelalterlichen Jahrmarkt hinwies. Sein ähnlicher Name reizte übrigens den Minister zu der Bemerkung, „clemens“ sei lateinisch und bedeute „Milde, Gnade walten lassend“, was die Sprecherin der GRÜNE-Fraktion Gisela Nacken mit der Bemerkung quittierte, dies sei ihr bei Clement noch nicht aufgefallen.

Die auswärtige Sitzung begann mit Informationen über die Verkehrssituation des Kreises. Zum ÖPNV im Kreis Heinsberg wies Clement auf drei Betriebshöfe und vier Zentrale Omnibusbahnhöfe zur besseren Verknüpfung von Bus und Schiene, fünf Park-and-Ride- sowie zwei Bike-and-Ride-Anlagen, 520 PKW- und 89 Fahrradstellplätze hin, wofür insgesamt 30 Millionen Mark aufgewendet worden seien. Die Bahnstrecke Oberbruch—Heinsberg sei von Stilllegung bedroht und werde von der DB zum Kauf angeboten. Wichtigstes Projekt im Kreis sei das Prüfzentrum der Firma Siemens. Die Stadt Erkelenz bemühe sich um einen Halt des Interregio Aachen—Leipzig, was von ihm unterstützt werde. Die Bahn halte jedoch den Bahnsteig für zu kurz und die Verlängerung für nicht wirtschaftlich. Gegen die Trassenführung des geplanten Ausbaus der Bundesstraße 56 wende sich eine Bürgerinitiative. Die gesamte Region sei im übrigen stark von motorisiertem Individualverkehr geprägt.

Als für den Wahlkreis Heinsberg II zuständiger Abgeordneter stellte Franz-Josef Pangels (CDU) den Landkreis Heinsberg mit 230 000 Einwohnern und zwei unterschiedlichen Wirtschaftsräumen vor, dem nach Mönchengladbach und Düsseldorf orientierten Nordteil, und dem Süden, der sich nach Aachen orientiert. 80 Prozent der Berufstätigen seien Pendler und benutzen keine öffentlichen Verkehrsmittel. Die B 56n werde als Ersatz für eine Verlängerung der Autobahn A 46 angesehen. Die Autobahn dürfe nicht irgendwo aufhören, sondern die A 46 solle im Norden von Sittard an die A 2 angebunden werden. Das ganze Verfahren sei sehr unglücklich. Die Gemeinden befürworteten die Trasse B 56 n, nicht zuletzt wegen der Ortsumgehungen. Erkelenz wünsche sich auch eine Verkehrsanbindung nach Wildenrath.

Leitender Ministerialrat Ketteniß vom NRW-Verkehrsministerium erläuterte, im Bundesfernstraßenbedarfsplan sei die B 56n nur zweispurig vorgesehen, es gebe keine Chance, sie aufzuwerten; das werde in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht für nötig gehalten. Wildenrath sei schneller über die Landesstraße 57 anzubinden. Pangels bemerkte,

bis zur L 19 seien nur fünf Kilometer zu bauen. Gisela Nacken (GRÜNE) meinte, die Landesstraßenbedarfsplanung lasse Änderungen zu, etwa den Tausch mit einem anderen Bedarf. Die Bürgerinitiative gegen die B 56n weise auf die Zerstörung der Ortskerne hin. Ketteniß ergänzte, der Planungsstand sei noch nicht stabil. Auch wisse man nicht, wo genau die Niederlande die B 56n aufnehmen und weiterführen wollten.

Kreisdirektor Michael Jansen sah die Vermarktung größerer Gewerbeflächen bedroht, wenn der Bezirksplanungsrat Köln die Anbindung von Wildenrath an die Landesstraße 364 streiche. Auch müsse eigentlich die Eisenbahnstrecke, anstatt stillgelegt zu werden, bis Roermond durchgezogen werden.

Um mehr Zeit für die Gespräche vor Ort zu gewinnen, wurde die Ausschußsitzung verkürzt. Bei stürmischem Wetter radelten die Ausschußmitglieder, der Minister und ihre Begleitung weiter. Außerhalb der Stadt waren schon echt sportliche Qualitäten gefragt, denn der Wind brachte mit Böen bis zu sieben Windstärken an ungeschützten Stellen die Radler mehrmals in „gefährliche“ Schräglage. Übrigens zeigte sich die Landtags-Crew leistungsfähiger als die geliehenen Stahlrösser, von denen einige ausfielen. Einig war sich die parlamentarische Delegation auch in der Mißbilligung eines wenig freundlichen Presseartikels, der die Rad-Bereisung als „Tourismus“ anprangerte. Erstens, so lauteten die Kommentare, sei es niemals Zeitverschwendung, wenn sich Parlamentarier vor Ort im eigenen Lande umsähen. Zweitens bekomme die sportliche Besichtigung der Abgeordneten-Ökologie allemal besser als jedes Sitzungs-marathon.



Ob das Wetter hält? scheint hier der Erkelenzer Abgeordnete Franz-Josef Pangels (CDU, r) zu fragen, als er zur Radtour des Verkehrsausschusses mit Minister Wolfgang Clement (auf einem 26er Rad) startet.

Vor Haus Hohenbusch, einem denkmalgeschützten ehemaligen Kreuzherren-Kloster, das während des Napoleonischen Krieges nach fünfhundertjähriger „segensreicher Wirkung als Stätte der Seelsorge, der Wissenschaft und der Wirtschaft“ säkularisiert worden und dann verfallen war, erläuterte Stadtdirektor Ullrich Feller den Stand der Restaurierung, die nach dem Kauf der vier Hektar großen Anlage durch die Stadt Erkelenz im Jahre 1983 mit Hilfe von Landesmitteln einsetzte. Im Haus Hohenbusch habe der Erkelenzer Reit- und Fahrverein eine neue Bleibe mit Reithalle und Reitplatz gefunden. Kulturelle Veranstaltungen hätten der Stätte in der Region bereits zu hohem Ansehen verholfen. Um weitere Nutzungen (und Investoren) bemühe sich die Stadt und habe hierzu ein „Nutzungsmodulkonzept“ ausarbeiten lassen.

Nach der Mittagspause im teilrenovierten Haupthaus, die die örtlichen Repräsentanten zur Verdeutlichung der Straßen-Wünsche



Drei Ausschußvorsitzende bei der Radtour durch das Seltkant, v.l. Leo Dautzenberg (CDU, Haushalts- und Finanzsausschuß), Hannelore Brüning (CDU, Wirtschaftsausschuß), Manfred Hemmer (SPD, Verkehrsausschuß), dahinter v.l. Günter Langen und Gerhard Wächter (CDU).

des Kreises und weiteren verkehrspolitischen Gesprächen nutzten, wurde die Lage ernst. Das als Sturmtief vorhergesagte Wetter trat in vollem Umfang ein. Es regnete ohne Pause, und nur noch etwa die Hälfte der Teilnehmer setzte die Tour mit dem Fahrrad fort. Fünf Viertelstunden strampelten 13 Unentwegte, darunter Fraktionssprecherin Nacken und zwei weitere Frauen, Minister Clement sowie vier Abgeordnete, durch Dörfer und Felder nach Wildenrath. Die Bewohner nahmen von dem prominenten Radtouristen, der soeben in der Presse schon als zu künftiger Ministerpräsident des Landes NRW „gehandelt“ wurde, keinerlei Notiz. Im Gegenteil, als Autofahrer fühlten sie sich beim Rasen gestört, und manche drückten das durch ihre Hupen deutlich aus.

An der Einfahrt zum Gelände des ehemaligen Militärflughafens und heutigen Gewerbegebiets der „Entwicklungsgesellschaft Wegberg-Wildenrath“ (EWW) empfing der Kreiswerke-Bus die wetterfesten Politiker. Der Fahrer lud die Räder in den Anhänger. Und beim Empfang in den noch farbenfeuchten Büroräumen des Prüfzentrums merkten Siemens-Bereichsleiter Gerd Bieker und seine Mitarbeiter nicht, daß einige prominente Ankömmlinge mit nassen Hosen ihren Ausführungen lauschten.

Das „Schienenverkehrs-Kompetenz-Zentrum“ Wildenrath suche, so sagte Bieker, in ganz Europa seinesgleichen. Es sei ein Baustein für viele Jahre und für Arbeitsplätze in der Region. Der Testring 1 erlaube Prüffahrten mit bis zu 160 Stundenkilometern auf sechs Kilometern Länge, erklärte Ingenieur Teufel. Testring 2 solle für zwei Gleisbreiten 2,4 Kilometer und Testring 3 mit ebenfalls zwei Spuren und zusätzlicher Stromschiene 1,5 Kilometer lang gebaut werden. Neue Fahrzeug-„Generationen“ sowohl für den Fern- als auch für den Regional- und städtischen Verkehr (S-/Straßenbahn, Metro) mit Systemlösungen für den automatischen Betrieb sollen hier erprobt werden. Von den Hochbauten waren eine Fahrzeughalle, das Gebäude für die Bahnstromversorgung und das Werkstattgebäude zu sehen. Die Zahl der Beschäftigten wurde auf 80 bis 100 beziffert.

Minister Clement würdigte das neue Projekt, das von allen politischen Kräften im Lande befürwortet werde. Er sei fasziniert vom Baufortschritt nach zehn Monaten, als er das Gelände noch als Wüste gesehen habe. Das zeige, wie auch einige Großprojekte in Ostdeutschland, daß auch in Deutschland große Vorhaben „gehandelt“ werden könnten. Es sei ein Grund zur Freude, zu sehen, wie aus Verhandlungen im Landtag etwas werde.

Der Bürgermeister von Wildenrath berichtete, die EWW habe sich für die Anbindung an das Ferngleis als Voraussetzung für das Projekt verpflichtet, das Zufahrtsgleis anzulegen und 30 Jahre lang zu erhalten. Wegberg-Wildenrath hoffe auf „Synergie-Effekte“ und Käufer bzw. Nutzer der weiteren Flächen und eines großen Hallenbestands.

Am zweiten Tag blieben die Radfahrer trocken. Vom Endpunkt der Autobahn A 46 („Janses Matthes“) ab begleitete auch der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses Leo Dautzenberg (CDU, Wahlkreis Heinsberg I), den radelnden Verkehrsausschuß. Möglichst nahe an der geplanten Bundesstraße 56n entlang führte Leitender Kreisbaudirektor Matthias Derichs. Die „Behördentrasse“ wurde jedoch von einer sehr engagierten Bürgerinitiative kritisiert, die sich bei der Delegation aus der Landes-

hauptstadt auf einer eigens gebauten Aussichtsplattform für eine mehr nördlich gelegene, ortsfremere Trassenführung einsetzte. Der Leiter der Straßenbauabteilung des NRW-Verkehrsministeriums, Ministerialdirigent Dr. Dieter vom Rath, stellte jedoch klar, daß die Vorplanung zur Linienbestimmung bereits abgeschlossen sei.

### **Straßen-Kuriosum**

Im Selfkant überquerten die Radfahrer des Verkehrsausschusses eine Straße, für die deutsche Behörden und Politiker nicht zuständig sind. In Nord-Süd-Richtung durchzieht eine 6,5 Kilometer lange zweispurig gut ausgebaute Straße in niederländischem Besitz das Selfkant, ohne daß die Anwohner eine Möglichkeit zur Auf- oder Abfahrt haben. Die „N 274“ wurde in der Zeit der niederländischen Auftragsverwaltung ab 1949 vom Nachbarland gebaut, um das Umfahren des „Auslands“ zu ersparen. Das Selfkant wurde 1963 zurückgegliedert, die Straßenhoheit blieb. Selfkanter, die heute auf der N 274 durch ihr Land fahren wollen, müssen vorher in die Niederlande einreisen.

In der äußersten Westecke des Landes und in Sichtweite zur niederländischen Grenze, im malerischen Dorf Millen endete die Radtour. Von der sehenswerten Probstei berichteten die örtlichen Abgeordneten. In der historischen Zehntscheune „würzte“ Bürgermeister Heinrich Aretz aus Gangelt-Birgden die Kaffeepause mit Döntjes von Hein und Anna, bevor die Rückfahrt mit dem Bus angetreten wurde.

Bei der Hauptverwaltung in Geilenkirchen erfuhren die Teilnehmer vom höchsten Kostendeckungsgrad dieser Kreiswerke im ganzen Bundesgebiet. Der Busverkehr wird im Kreis Heinsberg vor allem für Schüler und Auszubildende unterhalten. Auch Disco-Busse gehören zur ÖPNV-Versorgung. Direktor Dr. Grünberg und sein Mitarbeiter Hoffmann erläuterten die Pläne für das rechnergestützte Betriebsleitsystem.

Der zweite Tag endete mit einem weiteren „Highlight“, einer Fahrt mit der Selfkantbahn, der letzten noch existierenden Meterspurkleinbahn von NRW. In einem Wagen der ehemaligen Sylter Inselbahn fuhr die Ausschuß-Crew von Schierwaldenrath nach Gillrath und zurück. Mit höchstens 30 Stundenkilometern dampfte die Lok aus dem Jahre 1914. 30 engagierte Hobby-Eisenbahner der „Interessengemeinschaft Historischer Schienenverkehr“ befördern sonntags pro Sommer 40 000 Besucher des Eisenbahnmuseums Schierwaldenrath.

Eine geschichtskundige Führung durch das Flachsmuseum in Wegberg-Beeck schloß das Programm am dritten Tag ab. Der Vorsitzende des Heimatvereins Gerichhausen focht in seine Erklärungen zur Handwerkskunst der Flachsverarbeitung zahlreiche „flachsige“ Redewendungen ein, so daß die Abgeordneten im Verkehrsausschuß nun wissen, woher es kommt, wenn sie „in's Blaue fahren“. Ausschußvorsitzender Hemmer und der Erkelenzer Abgeordnete Pangels bedauerten sehr, daß einige Teilnehmer die Ausschußreise vorzeitig beenden mußten, und wiesen darauf hin, daß das Versäumte beim „Flachsmarkt“ Beeck am Wochenende 28./29. September nachgeholt werden könne.

## **Frauenauschuß:**

### **Haushaltsmittel gegen sexuellen Mißbrauch von Jungen**

*Im Ausschuß für Frauenpolitik berichtete Schulministerin Gabriele Behler in der von Helga Giebelmann (SPD) geleiteten Sitzung am 30. August über Frauen- und Mädchenförderung im Bereich Schule und Weiterbildung (Bericht in der nächsten Ausgabe). Vor der Beratung über die CDU-Anträge „Mehr Hilfe für Opfer von Straftaten“, „Vorfahrt für Familien in NRW“ und „Ausbau und Finanzierung des Beratungswesens zu §218 sichern“ behandelte der Ausschuß in einer von der SPD beantragten Aktuellen Viertelstunde das Thema „Finanzierung der Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuellen Mißbrauch an Jungen und Mädchen Zartbitter e. V. Köln“.*

Der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden, Ausschußmitglied Brigitte Speth, lag eine Beschwerde dieser Kölner Beratungsstelle wegen mangelhafter Finanzausstattung vor, die sie dem Antrag auf eine Aktuelle Viertelstunde beilegte. Die Arbeit für männliche Opfer sexueller Gewalt und die Täterpräventionsarbeit mit männlichen Jugendlichen werde gegenüber der Mädchenarbeit vernachlässigt, meint „Zartbitter“ in dem Schreiben vom 19. Juni 1996. Wegen der Wirtschaftslaute gingen die Spenden zurück. Gegenüber 128 000 Mark in den ersten fünf Monaten 1995 seien in 1996 aus Bußgeldern, Mitgliedsbeiträgen und Spenden lediglich 49 000 Mark erwirtschaftet worden. Vom Land bekomme „Zartbitter“ 160 000, von der Stadt Köln 102 200, die Personalkosten beliefen sich jedoch auf 550 000 Mark.

Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers bestätigte in ihrer Stellungnahme vor dem Frauenauschuß, „Zartbitter“ erhalte einen Personalkostenzuschuß des Landes für vier Fachkräfte und eine Verwaltungskraft. Sie wies auf einen Regierungsbericht von 1992 hin, der das Thema sexuelle Gewalt in den Komplex Sexuaufklärung und Prävention einbinde, und auf Leitlinien des Sozialministeriums von 1993 zur Beratung und Hilfe für von sexuellem Mißbrauch betroffene Kinder. Die Arbeit für männliche Opfer sexueller Gewalt werde nicht vernachlässigt, wenn auch ihr Ministerium vor allem Frauen und Mädchen schütze.

CDU-Sprecherin Regina van Dinther ergänzte, vom Ahlener Verein „Frauen helfen Frauen“ würden nur Mädchen als Opfer von sexuellem Mißbrauch betreut. Ein eigens für die Hilfe für Jungen gegründeter Verein erhalte keine Mittel.

Die Sprecherin der GRÜNE-Fraktion Marianne Hürten hielt nichts davon, bei der Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern Frauenprojekte gegen andere geförderte Maßnahmen auszuspielen, und unterstützte die Forderung von „Zartbitter“ nach mehr Geld. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Brigitte Speth schloß sich dem an, sprach sich jedoch dagegen aus, die Mittel dafür von der Frauenförderung wegzunehmen.

## Beamtenanwärter

Als Ergebnis der Beratungen im Unterausschuß Personal berichtete dessen Vorsitzender Peter Bensmann (CDU), der Unterausschuß habe der Einrichtung von vier Stellen für den gehobenen nichttechnischen Dienst der Bergverwaltung einstimmig zugestimmt mit zwei Ergänzungen: Es sollten keine Stellen für Beamte auf Lebenszeit, sondern Stellen für Angestellte mit Zeitverträgen eingerichtet werden. Der Unterausschuß habe ferner eine Übersicht über alle Bereiche erbeten, in denen der Landesdienst ein Ausbildungsmonopol habe, und darüber, wie die Zusage des Ministerpräsidenten, 22 000 Stellen bis zum Jahr 2000 abzubauen, mit der Nachwuchsausbildung und dem künftigen Bedarf in Einklang zu bringen sei.

## Aktuelle Viertelstunde Steuerfahndung bei der WestLB

In der von Vorsitzendem Leo Dautzenberg (CDU) geleiteten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 5. September erklärte Finanzminister Heinz Schleißer in der von der CDU beantragten Aktuelle Viertelstunde zur Steuerfahndung bei der Westdeutschen Landesbank, die Staatsanwaltschaft Düsseldorf habe beim Amtsgericht Düsseldorf einen Durchsuchungsbefehl erwirkt. Am 3. September sei die Fahndung in den WestLB-Zentralen Düsseldorf und Münster angelaufen, außerdem in mehreren Niederlassungen und in vier Sparkassen (Gelsenkirchen, Gütersloh, Wuppertal und Aachen). Der Finanzminister sei am 3. September 10 Uhr davon informiert worden.

CDU-Sprecher Helmut Diegel äußerte Erschrecken darüber, daß über 100 Steuerfahnder diese Arbeit aufgenommen hätten, und befürchtete einen Image-Schaden für die WestLB und diejenigen, die mit ihr zusammenarbeiteten. Er verlangte Auskunft darüber, ob gegenüber den Fahndungen bei anderen Banken „nicht so zügig“ bei der WestLB gefahndet worden sei. Und wie der Finanzminister den Interessenkonflikt als oberster Chef der Finanzbehörden und stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der WestLB löse.

Schleißer antwortete, es dürfe keine Vorverurteilung geben. Die SteuFa gehe vor wie bei jedem Anfangsverdacht. Der Verwaltungsrat (VR) orientiere sich an Vorgaben für die Kundenbetreuung. Diese seien einwandfrei. Die Teilnahme am operativen Geschäft sei dem VR ausdrücklich untersagt. In weiteren Fragen bezogen sich die GRÜNEN-Abgeordneten Alexandra Landsberg und Dr. Manfred Busch sowie die CDU-Abgeordneten Winfried Schittges und Peter Bensmann auf Presseveröffentlichungen und wollten wissen, wieweit der Minister informiert worden sei. Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) meinte, die WestLB als Staatsbank sei unter moralischen Gesichtspunkten und hinsichtlich Loyalität kritischer zu beurteilen als Privatbanken. Schleißer wies auf über 8 000 Beschäftigte bei der WestLB hin, die nach fachlichen Qualitäten eingestellt worden seien.

## Absagen bei Lehrereinstellungen hinterfragt

### „Alle 4 648 neuen Stellen werden besetzt“

*Wegen der hohen Zahl von Absagen (436) bei den neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer hatte der Vorsitzende des Unterausschusses Personal des Haushaltsausschusses Peter Bensmann (CDU) für die Sitzung am 5. September einen Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung erbeten. In der Sitzung bestätigte der zuständige Referatsleiter, Einstellungsversagen würden „nicht in jedem Fall nicht zu jedem Preis“ angenommen. Bei dem Verfahren mit 140 000 Stellen insgesamt, dem größten Personalhaushalt des Landes, sei das jedoch normal.*

Insgesamt hätten 4 648 neue Stellen besetzt werden können, teilte der Referatsleiter mit, davon 3 417 unbefristete und 934 zusätzliche, zunächst für das laufende Schuljahr befristete. 436 Stellen seien noch unbesetzt, davon entfielen 337 auf Sonderschulen, für die nicht genügend fachlich qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stünden. Das sei bei der Planung bekannt gewesen. Von der Möglichkeit, die Stellen nachrangig mit fachfremden Kräften (Befähigung für Sekundarstufen I und II) zu besetzen, hätten die Bezirksregierungen zunächst keinen Gebrauch gemacht.

Auf Nachfragen des Vorsitzenden und der

Abgeordneten Gisela Meyer-Schiffer (SPD), ob die Nachqualifizierung für das Lehramt an Sonderschulen nicht auch eher als nach vier Jahren erworben werden könne und ob es bei den Absagen regionale Besonderheiten gebe, ergänzte der Referatsleiter, zunächst sollte vermieden werden, für vier Monate fachfremde Lehrkräfte einzustellen, bis die zur Zeit 560 Referendare im Vorbereitungsdienst, denen ein zusätzlicher Vertrag für eine Unterrichtsverpflichtung über 12,5 Stunden angeboten werde, Mitte Dezember ihr Examen abgelegt hätten.

Die größte Zahl von Absagen gebe es für den Raum Siegen-Wittgenstein. Sehr schwer zu versorgende Gebiete seien die Eifel und das Hochsauerland sowie das Münsterland in der Nähe zu Niedersachsen. Am beliebtesten seien Schulen in den Räumen Bonn, Köln, Aachen, Düsseldorf, Dortmund.

Winfried Schittges (CDU) erkundigte sich, wie viele von den 12 000 Bewerbungen arbeitsloser Lehrkräfte ernsthaft eingestellt werden wollten. Versetzungsanträge bereits bei der Einstellung seien die extreme Ausnahme, wurde geantwortet. Manche hofften auf ganz bestimmte Fächerkombinationen „zum nächsten Schuljahr“.



Auf lebhaftes Interesse der Haushaltsexperten stieß die Sitzung des Unterausschusses Personal am 5. September, nachdem Vorsitzender Peter Bensmann (CDU) das Thema „Nichtannahme von Einstellungsangeboten für Lehrerinnen und Lehrer“ auf die Tagesordnung gesetzt hatte, (v.l.) Ministerialdirigent Wolfgang Welz, Peter Bensmann (CDU), Hans-Joachim Donath (Geschäftsführer Gutachterdienst), (verdeckt) Mareile Büttner (Gutachterdienst), Heike Niemeyer (Stenographin), Elke Talhorst (SPD), Jörg Hansen (SPD-Fraktionsreferent), Ernst-Martin Walsken, Lothar Niggeloh (beide SPD), Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE), Gisela Meyer-Schiffer (SPD).

Foto: Schälte

## „In absehbarer Zeit kein drittes Finanzamt“

Zum Stand der Planungen für ein drittes Finanzamt im Rhein-Sieg-Kreis berichtete ein Vertreter des Finanzministeriums im Haushaltsausschuß am 5. September, die Unterbringung der beiden Finanzämter in Siegburg und Sankt Augustin sei sehr bedrängt. Der Bedarf von 400 Quadratmetern für das Amt Sankt Augustin lasse sich jedoch durch Anmietung decken. Etwa zehn NRW-Finanzämter seien mit mehr als einer Anmietung noch schlechter gestellt. Stefan Frechen (SPD, Wahlkreis Rhein-Sieg I) informierte über das beschleunigte Bevölkerungswachstum des Rhein-Sieg-Kreises mit zur Zeit über 550 000 Einwoh-

nern und hielt einen linksrheinischen Standort für ein drittes Finanzamt für angebracht. Finanzminister Heinz Schleißer sah einen Neubau in absehbarer Zeit als nicht wahrscheinlich an. Frechen scherzte, die Steuerreform der Bundesregierung werde so viele Vereinfachungen des Steuerrechts bringen, daß es für weitere Finanzämter keinen Bedarf geben werde. Zum von Franz Riscop (CDU, Wahlkreis Rhein-Sieg II) erbetenen Bericht, wie viele Einwohner pro Finanzamt in NRW zu veranschlagen seien, wurde auf deren unterschiedliche Größe und Ausstattung verwiesen.



## SPD-Fraktion

### Exportland NRW will die Europäische Währungsunion

„Nordrhein-Westfalen bekennt sich zur Europäischen Union. Wir wollen als Industrie- und Exportland die Wirtschafts- und Währungsunion.“ Mit diesen Worten begrüßte SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen den Wettbewerbskommissar der Europäischen Union, Karel van Miert. Der EU-Kommissar war Gast der SPD-Landtagsfraktion und diskutierte mit ihr über Perspektiven der Europäischen Wettbewerbspolitik und deren Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen. Matthiesen betonte das gute Einvernehmen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Kommission. Die EU habe den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen tatkräftig unterstützt. „Deshalb setzen wir auch in Zukunft auf ein gutes Verhältnis zwischen Düsseldorf und Brüssel“, versicherte Matthiesen seinem Gast.

Neben der Situation in der Stahlindustrie informierte van Miert die SPD-Politiker auch über die gegenwärtige Politik der EU im Bereich der Finanzdienstleistungen und der Energiepolitik. Für die Stahlindustrie bekräftigte van Miert die Auffassung der Europäischen Kommission, daß eine Kontrolle der staatlichen Beihilfen entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Stahlindustrie sei. Bei Verstößen gegen die EU-Regeln kündigte der EU-Kommissar ein energisches Vorgehen der Kommission an, wie dies schon in einer Reihe jüngerer Fälle geschehen sei.

Wegen des sich verschärfenden Wettbewerbs bei den Finanzdienstleistungen in Verbindung mit einer zunehmenden Zahl von staatlichen Subventionen, so van Miert, werde die Kommission künftig auch dieser Branche eine erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Van Miert hob hervor, daß im Finanzbereich auch für öffentliche Unternehmen die Regeln des EG-Vertrages zu gelten hätten. Auch in diesem Bereich könnten staatliche Hilfen nur nach einer Prüfung durch die Kommission genehmigt werden.

In der Diskussion wurde auf den Wettbewerb zwischen privaten Banken und Banken mit öffentlicher Beteiligung hingewiesen. Van Miert wurde berichtet, daß viele Unternehmer und Existenzgründer oft nur durch Unterstützung der öffentlichen Bank WestLB eine Chance am Markt erhielten. Hingewiesen wurde aus den Reihen der Fraktion auch darauf, daß Bürgschaften mitunter das einzige Mittel seien, um Strukturbrüche zu verhindern. EU-Kommissar van Miert wies darauf hin, daß geprüft werden müsse, wenn es sich z. B. um Bürgschaften für Großbetriebe mit grenzüberschreitender Wirkung handele, die dann wettbewerbsverzerrend wirkten. Das müsse mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand und in enger Absprache miteinander geschehen.

Die Fraktion äußerte den Wunsch, den Ausschuß der Regionen zu einem Organ der regionalen Mitsprache weiterzuentwickeln. Zur Stärkung der Bürgernähe müsse sich die Europäische Union zu einem Europa der Regionen auf der Grundlage eines dreistufig-föderalen Aufbaus entwickeln. Das erfordere eine übersichtliche und nachvollziehbare Aufgaben- und Befugnisverteilung zwischen Europäischer Union, Mitgliedstaaten und Regionen. Zu diesem Zweck müsse das Subsidiaritätsprinzip klarer als bisher formuliert werden, um eine wirksame und einheitliche Durchsetzung zu gewährleisten.

## CDU-Fraktion

### Ausbildungsabgaben blockieren neue Lehrstellen

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Laurenz Meyer, hat die von SPD und GRÜNEN vorgeschlagenen Modelle einer Ausbildungsplatzabgabe abgelehnt. „Jedliche Form einer solchen zusätzlichen Belastung der Unternehmen, gleichgültig ob sie am Firmenumsatz orientiert (GRÜNEN-Spinnerei) oder als Berufsbildungsfonds auf Kammerebene (SPD-Irrweg) ausgerichtet ist, verhindert geradezu die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze“, erklärte Meyer. „Das Beispiel der Behindertenabgabe hat deutlich gemacht, daß sich viele Unternehmen durch die Zahlung einer Abgabe freikaufen. Zusätzliche Arbeitsplätze für Behinderte wurden dadurch kaum geschaffen.“

Der von der Landes-SPD vorgeschlagene Berufsbildungsfonds, den die Industrie- und Handelskammern verwalten sollen, führe zu Fehlleitungen von Ressourcen und schieße somit weit am Ziel vorbei, den Ausbildungsmarkt zu entlasten, sagte Meyer weiter. Derartige zusätzliche Abgaben würden darüber hinaus bei der ohnehin schon zu hohen Abgabenlast die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen weiter senken und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze gefährden.

Meyer bezeichnete den Ausbildungserlaß der rot-grünen Landesregierung, wonach öffentliche Aufträge künftig nur noch an jene Betriebe vergeben werden sollen, die in angemessenem Umfang ausbilden, als „rechtlich äußerst problematisch“. „Angesichts der leeren öffentlichen Kassen muß die Preiswürdigkeit eines Angebots absoluten Vorrang haben.“ Der Ausbildungserlaß hingegen öffne der Willkür Tor und Tür. Außerdem würde er die Bürokratie aufblähen, „nicht zu vergessen, daß die Einführung von politischen Zielen in die Vergabeordnung den Wettbewerb verzerrt und den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft widerspricht“.

Zusätzliche Ausbildungsplätze ließen sich auch ohne diese dirigistischen Maßnahmen schaffen, so Meyer. Dazu gehören zum Beispiel eine Stärkung des Dualen Systems, das zwar vom Ausland sehr gelobt werde, das aber die rot-grüne Landesregierung durch die geplante Zusammenführung von berufsbildenden Schulen und Kollegschulen aushöhlen wolle. „Dann würden verstärkt allgemeinbildende Teile auf Kosten der Berufsbildung in den Vordergrund rücken.“ Eine bessere Organisation der Berufsschulzeiten könne viel bewirken genauso wie eine erhöhte Mobilität der Bewerber. „Es ist ein Unding, wenn eine Lehrstelle 20 Kilometer entfernt in der Nachbarstadt nicht vermittelt werden kann, weil die Anfahrt zu weit erscheint.“ Wer in der Wirtschaft die duale Ausbildung sichern wolle, stehe in der moralischen Pflicht, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, sagte der CDU-Wirtschaftspolitiker abschließend.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Ahaus darf nicht zum Gorleben NRW's werden

Es gibt sehr viele Parallelen zwischen Gorleben und Ahaus. Die Genehmigung zur Einlagerung, die jetzt für Ahaus zur Debatte steht, ist für Gorleben schon erteilt. Zusätzlich soll Ahaus auch noch mit Brennelementen aus den Forschungsreaktoren belastet werden, wie z. B. aus dem ehemaligen Forschungszentrum Rossendorf in Sachsen, aber auch mit den hochangereicherten waffenfähigen Brennelementen, wie sie für den Forschungsreaktor in Garching eingesetzt werden sollen. Wenn die Genehmigung erteilt ist, dann werden viele Atommülltransporte nach Ahaus rollen. Wenn die Genehmigung erst einmal erteilt ist, dann soll soviel Atommüll dort eingelagert werden, wie in acht Jahren in allen bundesdeutschen Atomreaktoren anfällt. Ahaus soll also gewissermaßen die Garantie dafür geben, daß die Atomanlagen in Deutschland mindestens acht Jahre weiterbetrieben werden können.

Dies widerspricht eindeutig dem politischen Willen von SPD und GRÜNEN, die die Nutzung der Atomenergie beenden wollen. Alle Atomreaktoren in NRW sind abgeschaltet. Der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop wurde wegen gravierender technischer Mängel abgeschaltet. Die Debatte um die Risse am Reaktor in Würgassen hat dazu geführt, daß der Reaktor vom Netz genommen wurde. NRW ist nicht der Hauptproduzent von Atommüll und kann folgerichtig auch nicht das Hauptabnehmerland von Atommüll sein.

Um unnötige und vor allem gefährliche Transporte durch die ganze Bundesrepublik zu verhindern, soll der Atommüll in den laufenden Atomanlagen verbleiben, bis es ein funktionierendes Endlager gibt.

Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sind sich darüber einig, daß Ahaus kein Endlager werden darf. Nach wie vor ist aber keine Lösung in Sicht, was mit dem hochgefährlichen strahlenden Abfall geschehen soll. Die fehlenden Endlagerungsmöglichkeiten sind eine ständige Mahnung, keinen weiteren Atommüll zu produzieren. NRW geht in diesem Fall mit gutem Beispiel voran. Die GRÜNE Fraktion lehnt so wie die anderen Fraktionen auch die Pläne ab, waffenfähige Brennelemente, die für Kalkar bestimmt waren, nach Ahaus zu liefern. Dies wäre für die Bevölkerung in Ahaus unzumutbar.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## DRK-Blutspendedienst dankt 55 Mitarbeitern im Landesparlament

Der Blutspendedienst der DRK-Landesverbände Nordrhein und Westfalen-Lippe in Breitscheid hat sich im Namen der Patienten von mehr als 250 Krankenhäusern in seinem Verbreitungsgebiet bei 55 Mitarbeitern des Landtages bedankt, die bei einem Blutspendetermin Blut gespendet hatten. 33 hatten sich erstmalig als Blutspender zur Verfügung gestellt. Der Direktor des Institutes Breitscheid des DRK, Dr. Bernd Greif, bescheinigte allen Spendern in einem Dankschreiben, sie hätten ihre Bereitschaft zur uneigennütigen Hilfe bewiesen.

★

**Albert Brinkmann** (CDU), Landtagsabgeordneter von 1966 bis 1980, vollendet am 10. September in Dortmund sein 80. Lebensjahr. Der gelernte Versicherungskaufmann und Filialdirektor einer Versicherung stammt aus Lütgendortmund. Von 1964 bis 1966 war er Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat. Er gehörte ferner der Landschaftsversammlung in Münster an. Schwerpunkte seines politischen Wirkens waren Gründung und der Aufbau der Universität Dortmund, der Ausbau des Verkehrslandeplatzes, die neue Schleuse Henrichenburg sowie der Nahverkehr. Der Politiker setzte sich auch für eine leistungsfähige Wirtschafts- und Infrastruktur im Ruhrgebiet ein. Albert Brinkmann ist Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse sowie des Ehrenrings der Stadt Dortmund.

★

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Peter Krug, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 12. September, um 9.15 Uhr im Raum E3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
 8 84 30 22  
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags  
 Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczky (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Theelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin  
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
 ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

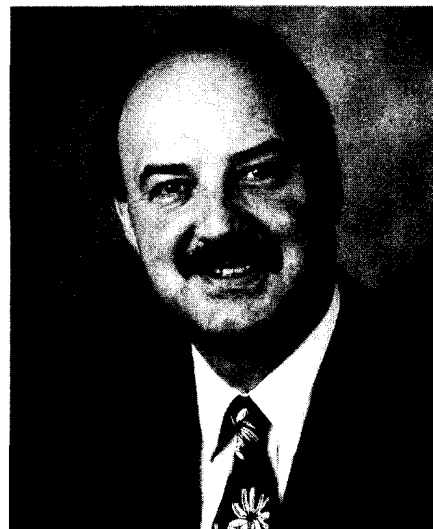
Für einen Landtagsneuling ist Walter Bieber ganz schön kregel. Bei seiner Jungfernrede - nur vier Monate nach Einzug in das Düsseldorfer Parlament im Oktober 1995 - nahm der Sozialdemokrat seinen politischen Gegner von der Union munter an: „Es tut mir leid, daß ich als neuer Abgeordneter Ihnen das sagen muß, aber: Thema verfehlt, setzen sechs.“ Mitte Mai 1996 war der SPD-Mann womöglich noch mutiger, denn er forderte unverblümt von der eigenen Regierung: „Die SPD-Fraktion erwartet von dem Landeskabinett, daß es in diesem Sinne zügig tätig wird.“ Beide Male ging es um den Köln/Bonner Flughafen. Und da kann Walter Bieber schon eine Lippe riskieren. Das ist sein ureigenster Beritt. Bieber ist in Troisdorf, also in unmittelbarer Nähe zum Airport, geboren und aufgewachsen und hier auch SPD-Vorsitzender und Fraktionschef. Wenn es um die Verkehrspolitik geht, weiß der SPD-Mann wie kaum ein anderer, die Interessen seiner Region zu wahren. „Aber natürlich hatte ich auch Glück, daß gerade mein Thema auf der Tagesordnung des Landtags stand“, räumt der Rheinländer aufgeräumt ein.

Dabei verhehlt der neue Mann im nordrhein-westfälischen Landtag keineswegs, daß ihm neben dem Kampf um die Sache auch die Auftritte selber Vergnügen bereiten. Allerdings räumt er ein: „Also, ich habe ja schon viele Reden gehalten, auch vor viel Publikum, aber beim ersten Auftritt im Plenum, war ich doch nervös.“ Aufatmend fügt er in typisch rheinischem Tonfall hinzu: „Als ich dann den ersten Satz gesprochen hatte, ging mir alles glatt von der Zunge. Es war ein wunderbares Gefühl.“ Die Kollegen gratulierten ihm anschließend, und selbst Fraktionschef Klaus Matthiesen knuffte ihm anerkennend mit der Bemerkung in die Seite: „War 'ne flotte Rede.“

Das hatten alle, die Bieber kennen, auch von ihm erwartet. Denn der Troisdorfer ist nur im Landtag neu, ansonsten ist der 48jährige mit dem schütterten Haar und dem verschmitzten Lächeln ein Polit-Prof. 1970 trat er in die SPD ein. Seither ist Politik sein Leben. Von der Pike auf lernte er die Kommunalpolitik und hat damit das beste Rüstzeug für die Landespolitik. Seine politische Karriere begann er als Troisdorfer Juso-Vorsitzender. 1973 rückte er in den SPD-Ortsvorstand auf, 19 Jahre amtierte er als Parteivize, bis er 1995 Vorsitzender wurde. 1971 zog Bieber, der sich selber als „harmoniebedürftig, aber keineswegs konfliktstreu“ bezeichnet, als sachkundiger Bürger in den Stadtrat, avancierte 1975 zum ordentlichen Stadtratsmitglied und ist seit 1982 ununterbrochen Fraktionsvorsitzender im Troisdorfer Rat.

So war es nur folgerichtig, daß die SPD den erfahrenen Kommunalpolitiker nach Düsseldorf schickte. Alles klappte wie am Schnürchen. Dafür hatte allerdings auch Hans Jaax, Biebers Vorgänger im Landesparlament und politischer Ziehvater, gesorgt. Der bereitete auch den Boden dafür vor, daß der „Neue“ gleich im Verkehrsausschuß, neben Stadtentwicklung, Mietfragen und Finanzen Biebers Spezialthemen, mitarbeiten konnte. Bieber versteht sich im Düsseldorfer Parlament durchaus als Lobbyist für seine Region, für die er das Optimum erreichen will. „Ich bin mit Leib und Seele Kommunalpolitiker“, gesteht der Mann, für den Landespolitik eine Form gehobener Kommunalpolitik ist und fügt hinzu: „Natürlich achte ich auf alle Sonderprogramme und alarmiere die Verwaltungschefs vor Ort, damit wir bei Windhundverfahren etwas abbekommen.“

In seinem Abgeordnetenzimmer im 5. Stock des Düsseldorfer Landtags beugt sich Bieber vergnügt über seinen Schreibtisch. „Obwohl ich jetzt mehr tun muß, bekomme ich meine Arbeit heute besser geregelt als früher“, erklärt der SPD-Mann, der in seiner Freizeit Tennis spielt und schwimmt und den Urlaub gern in Südfrankreich



Walter Bieber (SPD)

verbringt. Das hat seinen Grund. Bieber ist als Abgeordneter sein eigener Herr und kann seine kommunalpolitische Arbeit mit der als Parlamentarier besser koppeln als in früheren Jahren als Angestellter. Von Haus aus ist der in der Wolle gefärbte Sozialdemokrat, der selber sagt, aus bescheidenen Verhältnissen zu kommen, Starkstromelektriker. Auf dem zweiten Bildungsweg holte er Fachhochschulreife und Abitur nach, studierte in Bonn Jura, jobbte im Pressezentrum des Bundestags als studentische Hilfskraft, arbeitete dann bei dem Bundestagsabgeordneten Heinz Pensky und wurde 1982 nach dessen Ausscheiden Mitarbeiter von Ingrid Matthäus-Maier.

„Das war der Beginn einer großen Freundschaft, wie es schön bei Humphrey Bogart heißt“, erinnert sich Bieber. Ingrid Matthäus-Maier wohnte im Nachbarort St. Augustin und brauchte, als sie nach dem Bruch der sozial-liberalen Koalition von der FDP zur SPD übergetreten war, jemanden, der die Partei und ihren neuen Wahlkreis kannte. „Da es mein Heimatbezirk war, konnte ich ihr ganz schön den Rücken freihalten.“ Elf Jahre arbeitete Bieber als Referent bei der Finanzexperten in Bonn. Dann kam seine eigene Zeit. Niemand in der eigenen Partei machte ihm die Nachfolge von Jaax streitig. Für alle war klar, daß Bieber in den Düsseldorfer Landtag nachrücken würde. Und tatsächlich holte Bieber den Wahlkreis auch mit 43,9 Prozent der Stimmen.

Als Landtagsabgeordneter sieht Bieber es als seine wichtigste Aufgabe an, zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen. Im Köln/Bonner Flughafen sieht er den Wachstumsmotor der Region schlechthin. Deshalb unterstützt er auch voll und ganz die Verkehrspolitik von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und bezieht eindeutig Position: „Wer die Möglichkeit des Nachtfluges unzumutbar beschneiden will, schwächt den Wirtschaftsstandort NRW und vertreibt die Frachtflugunternehmen, die auf den Nachtflug angewiesen sind, ins benachbarte Ausland. Wer dies tut, wird mit dem Etikett ‚Jobkiller‘ leben müssen“, machte er in der Landtagsdebatte vom 9. Mai 1996 klar.

So eindeutig Biebers Haltung in Sachen Flughafen ist, so pragmatisch ist der SPD-Mann auch in anderen Fragen. Von der Eingruppierung nach linken und rechten Flügeln oder der Einstufung in irgendwelche Schubladen hält er nichts. Mit einem etwas ironischen Grinsen meint er dann aber doch: „Wissen Sie, ich gehöre zur progressiv-dynamischen, vernunftbegabten linken Mitte.“

Gerlind Schaidt (Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 14. bis 17. September 1996

14.9. **Karl Meulenbergh** (CDU), 53 J.  
16.9. **Albert Leifert** (CDU), 60 J.  
17.9. **Jutta Appelt** (CDU), 57 J.  
17.9. **Anke Brunn** (SPD), 54 J.  
17.9. **Siegfried Martsch** (GRÜNE) 43 J.

★

**Albert Leifert** (CDU), Landtagsabgeordneter, begeht am 16. September seinen 60. Geburtstag. Der Politiker gehört der CDU seit 1961 und dem Landtag seit 1985 an. Er ist Mitglied des Ausschusses für Kommunalpolitik sowie des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Der Abgeordnete aus Drensteinfurt ist selbständiger Landwirt. Er ist Mitglied des Landesagrarausschusses seiner Partei. Leifert verfügt über große kommunale Erfahrung. Er war Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion in Drensteinfurt und ist heute Bürgermeister. Daneben arbeitet er in zahlreichen landwirtschaftlichen Organisationen mit. Seit 1985 ist er auch Mitglied des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen. 1991 wurde er dessen Vizepräsident und 1992 Präsident, ein Amt, das er bis zum turnusmäßigen Wechsel zum 1. Juni dieses Jahres innehatte.

★



★

**Heinrich Brüggemann**, CDU-Landtagsabgeordneter von 1972 bis 1975, ist im Alter von 72 Jahren gestorben. Der gelernte orthopädische Schuhmachermeister gehörte 40 Jahre lang dem Rat seiner Heimatstadt Castrop-Rauxel an. Er war gleichzeitig Parteivorsitzender, Kreistagsmitglied und stellvertretender Landrat. Erst 1994 mit 70 Jahren legte der Ehrenvorsitzende des CDU-Stadtverbandes, des CDU-Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion seine Ämter nieder. Er war Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse.

★

**Dr. Volker Canaris**, von 1986 bis zu diesem Jahr Intendant des Düsseldorfer Schauspielhauses, ist der Titel Professor verliehen worden. Kulturministerin **Ilse Brusis** (SPD) nahm die Ehrung vor.

★

**Dr. Ortlieb Fliedner**, hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Marl, ist zum Vorsitzenden der Ständigen Konferenz des Kultursekretariats NRW Gütersloh gewählt worden. Sein Stellvertreter ist der Kulturdezernent der Stadt Unna, **Axel Sedlack**. Die Wahl gilt für zwei Jahre. Fliedner war von 1975 bis 1992 Mitglied des Rates der Stadt Bonn und kulturpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



### Königshoven mit Modellcharakter

*Ellipsenförmig durchzieht die Hauptstraße den neuen Ort. Frischbepflanzte Grünflächen säumen den Bürgersteig. Verkehrsberuhigte Stichstraßen münden in großzügigen Wendehämmern. Bungalows und freistehende Einfamilienhäuser fügen sich harmonisch in das Schema einer exakten Planungsgeometrie. Wenngleich auf dem Reißbrett entworfen und von 1976 bis 1986 unter den Bedingungen einer städtebaulichen Laborsituation errichtet, bietet Königshoven seinen Bewohnern heute ein hohes Maß an Lebensqualität. „Die Menschen selbst wollten diese Strukturveränderung und den modernen Wohnkomfort aufgelockerter Bebauung, auch wenn sie dafür tiefer in die eigene Tasche greifen mußten“, erklärt Frank Dickmann, Siedlungsgeograph und Autor des kürzlich vom Bonner Amt für rheinische Landeskunde des Landschaftsverbandes Rheinland veröffentlichten „Umsiedlungsatlas des Rheinischen Braunkohlenreviers“. Königshoven gehört jetzt, nachdem der alte Bördenort den Baggern des Tagebaus Frimmersdorf weichen mußte, zur Stadt Bedburg.*

*Dickmann, der in seinem umfassenden Handbuch auf der Basis exakter Daten die Qualität aller bis heute abgeschlossenen Umsiedlungsmaßnahmen analysiert und bewertet, resümiert: Aus dem ehemals ländlichen Dorf, über dessen Straßen einst Kühe und Gänse liefen, ist ein städtisch orientierter Ort mit Modellcharakter geworden.*

Foto: Rheinbraun AG

### „Autofreier Sonntag“ für ganze Gebiete nicht zulässig

Bestrebungen des Landes Rheinland-Pfalz, Hauptverkehrsstraßen entlang der Flußtäler einen Sonntag lang für den gesamten Autoverkehr zu sperren und somit einen „sanfteren Tourismus“ in der ganzen Region zu fördern, nahm der Abgeordnete der GRÜNEN Johannes Rimmel zum Anlaß, die Landesregierung nach ähnlichen Möglichkeiten für das Land Nordrhein-Westfalen zu befragen. Eine erste Aktion in Zusammenarbeit von Landesregierung und der Arbeitsgemein-

schaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden“ im Rahmen der Feier „50 Jahre NRW“ wäre wünschenswert. Darauf antwortete Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), daß die Anordnung eines „autofreien Sonntags“ für ganze Gebiete nach der Straßenverkehrs-Ordnung nicht zulässig sei. Er räumte jedoch ein, daß die Sperrung von Straßenabschnitten möglich und der Entwicklung eines sanften Tourismus zuträglich sei.